

NACHRICHTEN

Der venezolanische Kooperations-Verband Cecososola steht auf Grund der Wirtschaftskrise weiter vor großen Herausforderungen.

3

PROJEKTE

Ein junger Australier jüdischen Glaubens ist mit einer Gruppe Gleichgesinnter nach Israel eingewandert, um dort in einer Kommune zu leben.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften vorgelegt.

7

BIOTONNE

Niko Paech hält die Energiewende für einen Mythos, einen »geplatzten Traum vom rückstandslosen, grünen Wachstum«.

13

KUNST & KULTUR

Filmbesprechung: »Endstation Freistatt« ist ein Drama über schwarze Pädagogik im evangelischen Kinderheim.

14

HERAUSFORDERUNG GEGENÖFFENTLICHKEIT

Haltung statt Meinungsmache

Inhaltlicher Schwerpunkt der diesjährigen Linken Medienakademie (LiMA) ist das Thema Polarisierung, wobei es vor allem um die reale Gefahr der Meinungsmache durch Roboter in sozialen Medien, den so genannten »Social Bots«, geht. Dies nehmen wir zum Anlass, den Anspruch auf Gegenöffentlichkeit, den alternative Medien wie die Contraste einlösen wollen, aktuell zu beleuchten und zu hinterfragen.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Gegenöffentlichkeit herzustellen geht oft damit einher, dass die Schreibenden aus den politischen Bewegungen selbst kommen. Der Vorwurf, dass sie deshalb nicht objektiv berichten könnten, ist schnell bei der Hand. Doch was heißt schon »objektiv« im Zeitalter um sich greifender Contentproduktion für unterschiedliche Zielgruppen großer Verlage? Beginnt es nicht bereits bei der Themenwahl oder dabei, welche JournalistInnen bei welchem Medium angestellt werden? Und wie stark wirken sich finanzieller Druck und unterbesetzte Redaktionen auf die Berichterstattung aus? Ist es außerdem nicht oftmals traurige Realität in hektischen »Newsrooms«, dass Artikel am besten gestern fertig sein sollen zu den Ereignissen, die morgen passieren? – Da bleibt eine saubere Faktenüberprüfung oder gar eine eigene Recherche auf der Strecke.

Angesichts des Vertrauensverlusts etablierter Medien wirkt der Vorwurf der Einseitigkeit gegenüber politischen Aktivist*innen, die gleichzeitig zu »ihrem« Thema veröffentlichen, oft unbegründet oder vorgeschoben. Die Redakteur*innen und Autor*innen von Contraste müssen sich dennoch immer wieder mit diesem Thema beschäftigen. Der Beitrag von Peter Streiff auf Seite neun legt stattdessen den Schwerpunkt darauf, die eigene

Haltung möglichst nachvollziehbar und transparent zu machen, um glaubwürdig zu bleiben.

Unabhängiger Journalismus, der genau hinschauen will, gerät öfters ins Visier von Polizei und Justiz, wie die Erfahrungen der Reporter der Straße von Cams21 im Kontext der Auseinandersetzungen um Stuttgart21 zeigen. Auf Seite zehn schildern sie, warum sie Hausdurchsuchungen und Strafanzeigen gegen MitstreiterInnen als politische Repression bewerten.

Eine weitere wichtige Facette, mit der sich Publizierende auseinandersetzen müssen, sind technische Entwicklungen. Der Einsatz von »Social Bots« zur Beeinflussung politischer Diskurse, und damit im Zweifel eine allgemeine Abnahme von Glaubwürdigkeit, ist ein zentrales Thema der LiMA in Berlin. Im Zusammenhang mit anstehenden Wahlen setzt sich die Autorin Lea Brunn mit diesem Thema auf Seite elf auseinander.

Im letzten Teil des Schwerpunktes geht es um das Andersmachen. Mit ihrem Beitrag »Konstruktiver Journalismus« beleuchtet Elisabeth Voß auf Seite elf einen möglichen Ansatz, Themen anders zu setzen. Auf Seite zwölf blickt Alex Körner von Radio Corax auf den Kongress des Bundesverbands Freier Radios und das Festival »Radio Revolten« in Halle (Saale) zurück. Welche Potenziale im Radiomachen stecken, zeigt ein inspirierender Auszug aus dem Pre-Manifest der Radiokunst.



▲ Genau hinschauen und Fakten recherchieren als Grundlage für engagierte Gegenöffentlichkeit

Foto: Kai Böhne

20 BOMBEN - 20 WOCHEN

Aktionen gegen die Atombomben in der Eifel

Zwanzig US-Atombomben im Bundeswehrstandort Büchel in der Eifel warten darauf, eingesetzt zu werden. Täglich üben deutsche Soldaten ihren Abwurf. 20 Wochen lang - vom 26.3. bis zum 9.8.2017 - wollen Atomwaffengegner*innen vor dem »Fliegerhorst« dagegen protestieren.

Wolfgang Schlupp-Hauck (Pressehütte Mutlangen), Marion Küpker (DFG-VK) und Ernst-Ludwig Iskenius (IPPNW)

Mit einer Abrüstungspolitischen Matinee, Mahnwachen und einer gewaltfreien Blockade hat die Aktionspräsenz am 26. und 27. März begonnen. So will die Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei.jetzt« Druck machen, dass die Atombomben nicht wie von der US-Regierung geplant tech-

nisch aufgerüstet, sondern abgezogen werden. Die Kampagne tritt für ein weltweites Verbot der Atomwaffen ein.

Der Auftakt fand in Cochem an der Mosel statt. Der Vietnamkriegsveteran Stephen Summers brandmarkte die Kriegspolitik der USA und deren Pläne zur nuklearen Aufrüstung. In der Jugendherberge Cochem versammelten sich dann über siebzig Menschen, um mit dem Bundestagsabgeordneten Alexander Ulrich (DIE LINKE) und dem Wahlkreis kandidaten der SPD Benjamin Zilles zu diskutieren. In ihrem Impulsreferat »B 61-12 - kein Vitamin, sondern eine Massenvernichtungswaffe« erläuterte Kampagnenrats-Mitglied Regina Hagen, dass mit der neuen Bombe die Hemmschwelle zum Einsatz sinken werde, da ihre

Sprengkraft einstellbar und ihre Zielgenauigkeit erhöht werden soll. Mit Blick auf die am folgenden Tag in New York beginnenden UN-Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot kritisierte sie, dass die deutsche Bundesregierung nicht daran teilnimmt. Sie stellte die Frage, ob Deutschland mit seiner Weigerung nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt. Denn dessen Artikel VI verlangt von allen Vertragsstaaten, dass sie in »redlicher Absicht Verhandlungen zur vollständigen Abrüstung der Atomwaffen« führen.

Am Nachmittag zog die Gruppe dann vor das Haupttor des Fliegerhorstes in Büchel. Dort sprachen die »Bürgermeister für den Frieden« - »Mayors for Peace«. Düsseldorf, Mainz und einige kleinere Gemeinden waren persönlich

vertreten. Aus Köln und Bonn wurden Grußworte der Oberbürgermeister verlesen. Eine Fotoaktion mit einem Banner der »International Campaign to Abolish Nuclear Weapons« stellte die Verbindung zu den anderen europäischen US-Atomwaffenstandorten in Belgien, den Niederlanden und Italien her. Dort wurde mit dem gleichen Banner demonstriert, um die jeweiligen Regierungen an den Verhandlungstisch zu schicken.

Am Montag fand dann die erste Blockade in diesem Jahr am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel statt, pünktlich zum Auftakt der Verhandlungen zum Atomwaffenverbot der 130 Staaten in New York. Um die hereinfahrende Frühschicht am Erreichen ihres Arbeitsplatzes zu hindern, wurden die

Zufahrten mit Sitzblockaden versperrt.

Eine außergewöhnlich massive Polizeitruppe kesselte während der Abschlusskundgebung bereits nach der Aktion an vier besetzten Toren alle Teilnehmenden ein und veranstaltete erkennungsdienstliche Behandlungen, acht Aktivist*innen des Jugendnetzwerks »Junepa« kamen in Gewahrsam.

Die Beteiligten bewerteten die Auftaktaktion durchaus als Erfolg, da viele regionale Medien berichtet haben.

Die 20-wöchige Aktionspräsenz in Büchel hat gerade erst begonnen, und es gibt noch freie Termine im Aktionskalender: für Mahnwachen und jegliche Formen des gewaltfreien Zivilen Ungehorsams. Kommt nach Büchel!

mehr Infos: www.buechel-atombombenfrei.de

INHALTSANGABE

| | | | |
|--|----------------|---|-----------------|
| NACHRICHTEN CECOSESOLA MELDUNGEN | SEITE 3 | SCHWERPUNKT JOURNALISTINNEN IN BEWEGUNGEN | SEITE 9 |
| PROJEKTE SERIE: IMWANDEL NETZWERK | SEITE 4 | STAATLICHE REPRESSION GEGEN FREIE MEDIEN | SEITE 10 |
| PROJEKTE ISRAELISCHE KOMMUNE | SEITE 5 | MEDIENPOLITISCHER DISKURS KONSTRUKTIVER JOURNALISMUS | SEITE 11 |
| PROJEKTE KONFERENZ »SELBER MACHEN« AKTION AM AKW BROKDORF | SEITE 6 | INTERNATIONALES RADIOKUNSTFESTIVAL RADIO »PRE-MANIFEST« | SEITE 12 |
| GENOSSENSCHAFTEN GESETZENTWURF BUCHBESPRECHUNG | SEITE 7 | BIOTONNE ENERGIEWENDE | SEITE 13 |
| ÜBER DEN TELLERRAND PSYCHOLOGIE-KONGRESS REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE | SEITE 8 | KUNST&KULTUR FILM: ENDSTATION FREISTATT | SEITE 14 |
| | | REZENSIONEN SMARTE TRANSFORMATION? QUERDENKERIN UND AKTIVISTIN NO BORDER, NO LAW AND ORDER! SICH DER RIESENMASCHINERIE VERWEIGERN! ANARCHISMUS IN DER LUISENSTADT / KREUZBERG | SEITE 15 |
| | | TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM | SEITE 16 |

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmontat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Bild: Eva Sempere

Wir freuen uns, dass du hier bist

VON ULI FRANK UND BRIGITTE KRATZWALD

»Willkommen. Wir freuen uns, dass du hier bist« begrüßt ein riesiges Schild alle, die das IKEA-Möbelhaus betreten wollen. Auch wenn die Kundin weiß, dass es nicht von Herzen kommt, gefällt es ihr wahrscheinlich besser, freundlich angesprochen zu werden als muffig, oder als Bittstellerin behandelt zu werden, wie bei manchen öffentlichen Verkehrsmitteln, die von dem Generalverdacht ausgehen, jeder »Kunde« wolle eigentlich schwarz fahren. Aber auch innerbetrieblich wird das »Du« immer beliebter, wie etwa Hans-Otto Schrader vom Otto Konzern berichtet: »Ein wichtiger Aspekt dabei war der Wunsch, weg vom Ihr und hin zum Wir zu kommen« meint er. Ebenso Stefan Pichler von Air Berlin: »Die Mitarbeiter sind schließlich unser Kapital«.

Über die inflationäre Benutzung von Höflichkeitsfloskeln kann man sich prinzipiell ärgern oder sie als übergriffig empfinden. Natürlich sind die betreffenden Konzern-Chefs nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit auf's »Du« verfallen. Die Maßnahmen zur innerbetrieblichen Identitätsbildung können das Leben der Betroffenen auch angenehmer machen und damit ihre Produktivität steigern. Das »Du« gegenüber den Kunden soll den Umsatz ankurbeln.

Schon vor vielen Jahren erzählte eine Sekretärin bei Ford in Köln eine ähnliche Geschichte: Ihr Chef war gerade von einer Fortbildung in den USA zurückgekommen. Er trug keine Krawatte mehr, war leger gekleidet und bot das Du an. Er teilte den Lohnabhängigen mit, dass sie ab nun MitarbeiterInnen seien und dass er sich für die Zukunft einen freundli-

chen und lockeren Umgang wünscht und die Arbeitszeiten nicht mehr streng kontrolliert würden. Dafür erwarte er, dass, wenn nötig, auch mal länger gearbeitet würde. Die Sekretärin resümierte: Der Umgang miteinander sei jetzt tatsächlich angenehmer geworden - aber insgesamt hätten sie seitdem wahrscheinlich länger gearbeitet.

Damals fanden wir das empörend: nichts anderes als noch stärkere Ausbeutung - nur mit schönen Worten! Aber man könnte es auch anders sehen: egal ob gegenüber KundInnen oder zwischen KollegInnen - ein freundlicher Umgangston verändert auch tatsächlich die Beziehungen zwischen Menschen und kann ihre Zufriedenheit erhöhen. Könnte es sein, dass auch solche kapitalistischen Tricks sich als eine »List der Vernunft« herausstellen, nämlich, dass eine aus »ordinärem« Profitstreben eingeführte Regelung sich durchaus menschenfreundlich auswirkt? Warum sollten wir uns nicht jetzt schon an Umgangsformen gewöhnen, die heute aus unschönen Motiven eingeführt werden, aber eigentlich richtig gut in eine postkapitalistische Gesellschaft passen?

Allerdings ändert das »Du« nichts an den realen Abhängigkeitsverhältnissen. Eine Kündigung per »Du« ausgesprochen ist nicht angenehmer als ein unpersönlicher Brief. Ist die Freundlichkeit erzwungen, wird der Leistungsdruck noch größer. VerkäuferInnen, die zum Dauerlächeln verurteilt sind, sind nicht zufriedener, sondern werden davon eher krank. Auch KundInnen durchschauen natürlich, dass sie nicht persönlich gemeint sind, sondern dass es in erster Linie um ihr Geld geht. Die AutorInnen dieser Kolumne duzen sich, sie sind sich jedoch nicht einig, welcher Aspekt überwiegt.

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2017

On the road again ...

Liebe Leser*innen,

der Frühling lockt, es geht wieder raus auf Straßen und Wege. Die Biker machen wieder Kilometer, die Wanderer schreiten langsam voran entlang der ergrüneten Wiesen und Wäldern. Die CONTRASTE ist auch auf dem Weg, im eher gemächlichen Fußtempo geht es Schritt für Schritt voran. 417 Euro gingen an Spenden ein, vielen Dank. Insgesamt erreichten uns 1.966 Euro. Der Weg ist aber doch noch weit, was aber langjährige Wanderer nicht schreckt. Oder doch? 4.534 Euro benötigen wir immerhin noch bis zum Herbst auf unserem

Konto, um nicht in die finanzielle Schiefelage zu geraten. Wir zählen jedenfalls auf euch.

Wie jedes Jahr lässt sich der Frühling nur mit Verdrängungskünsten genießen. Dieses Jahr ist die repressive Situation in der Türkei besonders heavy. Durch die Inhaftierung des Journalisten Deniz Yüksel ist dieses Thema nun auch hier in den führenden Medien anzutreffen. Die höchste Hinrichtungsrate bezogen auf die Größe der Bevölkerung hat der Iran mit 530 Hinrichtungen im Jahr 2016, wie Amnesty meldet. In den USA zittern die »illegalen« Einwanderer vor der Abschiebung. In Deutschland auch, besonders wenn es nach Kabul geht. Innenminister De Maiziere hat es mir nichts dir

nichts geschafft, Forderungen der AfD »bravourös« umzusetzen. In vielen Medien wird stetig über die Schrecken und Missstände berichtet, Widerstand ist wichtig. Unser Hauptthema wird trotz alledem das Ringen um das Neue im Alten bleiben. Begrüßenswerterweise wird darüber durchaus auch schon mal in den üblichen Medien berichtet.

Sechsmal wird die CONTRASTE neu verschickt, einmal zu einem persönlichen Fördermitglied, zum anderen fünfmal in Form eines Förder-Kollektivabos. Dem stehen vier Kündigungen entgegen.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

| | |
|--------------------------------|--------|
| Villa Locomuna, Kassel | 130,00 |
| B.P. | 29,00 |
| Stefan Merten, Frankfurt a. M. | 250,00 |
| L.C+M.L. | 8,00 |

.....
 Spendenticker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **4.543 Euro**

REISEBERICHT: AUSWIRKUNGEN DER VENEZOLEANISCHEN WIRTSCHAFTSKRISE AUF CECOSOLA

Eine Kooperative vor großen Herausforderungen

Die Wirtschaftskrise belastet die Kooperative Cecosesola weiter schwer. Die Arbeitsbedingungen haben sich durch notwendige Einlasskontrollen bei den Wochenmärkten enorm verlängert. Die Knappheit lebensnotwendiger Produkte schuf eine Verzweiflung bei den Menschen, die das solidarische Konzept von Cecosesola herausfordert.

PHILLIP BAUER, BARQUISIMETO/PROJEKTEHOF WUKANIA

An meinem ersten Markttag Anfang Januar war mir zum Heulen zumute, als ich die tausenden Menschen gesehen habe, die wegen der knappen Lebensmittel wie Zucker und Nudeln anstehen – und nicht etwa, weil sie die Produkte geschenkt bekommen, sondern zu Preisen, die sich die meisten nur knapp leisten können. Dass eine solidarische und offene Bewegung wie Cecosesola massive Kontrollmaßnahmen ergreifen muss, um die Schlangen in ruhigere Bahnen zu lenken, fand ich besonders traurig. Dabei ist die Situation allen Berichten zufolge viel entspannter als noch vor einem halben Jahr.

Eskalation vor den Wochenmärkten

Mitte 2016 eskalierte die Situation in den Schlangen bei allen Ferias (den Wochenmärkten) mehr und mehr. Am fragtesten war und ist das Maismehl für das Grundnahrungsmittel Arepas (etwa so grundlegend wie Brot in Deutschland), aber auch Zucker, Nudeln, Toilettenpapier, Zahnpasta waren und sind selten und nur zu überhöhten Preisen zu bekommen. Bei Cecosesola wurden diese Dinge, wenn es sie gab, recht preiswert verkauft. Die Leute fingen an, sich schon Tage und Nächte vor dem Markttag Plätze in der Schlange zu reservieren. Die Schlangen reichten einmal um den Block herum, bis zu 1 km. Gewiefte reservierten einen ganzen Bereich schon Tage vorher, um die Wartepunkte zu verkaufen. Andere versuchten sich mit Gewalt, teils mit Waffen, vordere Plätze zu sichern. Bei der Feria Ruiz Pineda wurden insgesamt drei Menschen bei solchen Auseinandersetzungen umgebracht. Die Kooperative musste Polizei und Armee zu Hilfe rufen, die ihrerseits gewaltsam versuchten für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Situation wurde so unerträglich, dass etwas geändert werden musste. Das Maismehl wurde ganz aus dem Sortiment genommen. Ein umstrittener Punkt, weil gerade die kleineren Kooperativen der wenigstens für die Mitglieder weiter Maismehl gehabt hätten. Aber die Prinzipien »Alles im Dienst der community« und »Keine Privilegien für die Mitglieder« waren ausschlaggebend. Bei Treffen und zwischen drin werden, wie im ganzen Land, regelmäßig neue Rezepte für Arepas ganz ohne Maismehl ausgetauscht. Zucker wird lieber nur noch jedes zweite Wochenende verkauft.

Einkaufen nach Losnummer

Die kleine ländliche Kooperative »8 de Marzo« begann als erste, einen Tag vorher Nummern zu vergeben. Dafür wurden und werden die etwa 200 Personalausweise der Einkaufswilligen in eine Kiste geworfen, geschüttelt und in der Reihenfolge gezogen, in der am nächsten Tag eingekauft werden kann. Die Verlosung dauert eine Dreiviertelstunde und am nächsten Tag verkürzt sich das Warten vor dem



▲ Schlange vor der Feria del Centro.

Foto: Phillip Bauer

Laden deutlich, weil die Nummer eine Orientierung gibt. Noel erzählt mir, wie die mittelgroße Kooperative El Triunfo das auch so versucht hat, mit etwa 4.000 Menschen, die einkaufen wollten. Obwohl sie die Leute in drei Gruppen aufteilten (vor dem Markt, auf dem Sportplatz, an einer Straßenecke) war es eine Katastrophe. Die Ausgabe von je knapp 1.500 Ausweisen dauerte bis tief in die Nacht. Leute wollten verzweifelt ihren Ausweis wiederhaben, aber der war ja nicht so schnell wieder rauszufischen.

Noel und andere findige kooperativistas haben deshalb ein Computerprogramm für alle ferias entwickelt, das die Nummern nach Zufallsprinzip vergibt. Die Einkaufswilligen müssen an einem der Tage vorher mit ihrem Ausweis kommen und bekommen einen Nummernzettel. Ab März gibt es statt Zettel eine personengebundene Chipkarte und an den Eingängen Computer, die anzeigen, ob die Person tatsächlich an der Reihe ist. An den Eingängen ordnen Menschen von Cecosesola die Schlangen. Zum Teil helfen Freiwillige von den kommunalen Räten dabei (consejos comunales – Kiez-Vertretung, basisdemokratisches Element des venezolanischen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«). Bei den großen Ferias sind Armee und Polizei beteiligt.

An meinem ersten Markttag wurden die Leute vor dem Tor sortiert, von jeweils hundert Menschen die Ausweise eingesammelt (z.B. die Nummern 7.300 bis 7.399), ein Soldat mit dem Ausweisbündel in der Hand begleitete diese hundert dann auf den Hof zur eigentlichen Schlange, wo den Menschen in genau der Reihenfolge die Ausweise wieder ausgehändigt wurden. Durch ein kleines Labyrinth von Gittern (die Vordrängeln erschweren sollen) gelangten die Menschen zu einer weiteren Überprüfung ihres Nummernzettels und waren endlich drin in der Halle mit den Trockenwaren – um sich später wiederum an der Kasse anzustellen.

Beschiss und Kontrollen

Die Vielfalt der Tricks und Kniffe der Menschen aus der community, um schneller oder überhaupt einkaufen zu können, ist enorm: Leute leihen sich Ausweise von anderen, um mehrmals am Wochenende einkaufen zu können, wollen mit den Ausweisen ihrer Kinder rein, drücken sich die Nummern-

zettel selbst oder kopieren sie. Es gibt die bevorzugte Schlange der Senior_innen und körperlich Beeinträchtigten, die sich teilweise dafür bezahlen lassen, dass jemand sie begleitet, »um ihnen zu helfen« und dabei selbst einzukaufen. Die Verlockung, Produkte »mitgehen« zu lassen, ist verständlicherweise groß, wenn der Wochenlohn nicht fürs Nötigste reicht.

In der Hinsicht sind die kooperativistas nicht gerade nachsichtig. Die Senior_innen dürfen nur noch ohne Begleitung einkaufen. Essen innerhalb des Marktes ist verboten, auch für die Arbeitenden. An den Ausgängen sitzen compañeras und compañeros, die sich von allen Einkaufenden den Kassenbon und den Tascheninhalt zeigen lassen und den Bon dann ungültig machen.

Wer trickst, wird für 3 Monate »blockiert«, d.h. bekommt keine Nummer mehr fürs Trockensortiment. Wer beim Klauen erwischt wird, für immer und für alle Märkte von Cecosesola.

Begründet wird das damit, dass das System der Nummernvergabe per Zufallsprinzip nur akzeptiert wird, wenn es klare für alle gleichermaßen geltende Regeln gibt, die auch eingehalten werden. Die Befürchtung ist, dass sich an jedem erfolgreichen Tricksen andere ein Beispiel nehmen und das ganze mühsam eingerichtete System ad absurdum führen.

Das Klauen wird so schwer genommen, weil es eine Verabredung gibt, dass ein Verlust von 1 Prozent der Produkte toleriert wird (das ist nicht viel mehr als das, was z.B. kaputt geht und im Müll landet oder wo sich Leute bei der Inventur verzählen). Ist der Verlust höher, wird das auf den kollektiven Verdienst umgerechnet, das heißt alle bekommen etwas weniger. Diese Verabredung erhöht die Motivation, sehr genau buchzuführen über die Ein- und Ausgänge von Waren, setzt aber auch unter Druck.

Ich durfte miterleben, wie allen »Blockierten« die Gelegenheit gegeben wurde, zur Feria zu kommen und zu reden. Wir saßen mit 4-5 Menschen von Cecosesola und der »blockierten« Person im Kreis, haben uns vorgestellt und uns die jeweilige Geschichte angehört. Die meisten hatten einen starken Wunsch, so schnell wie möglich wieder einkaufen zu können, und entschuldigten sich wortreich. Die Fragen der compañeras waren freundlich und daran interessiert, etwas über den sozialen und familiären Hintergrund

der Person zu erfahren. Ein anderes Thema war, was die Person über die Kooperative weiß. Es wurde versucht darzustellen, was das Besondere an Cecosesola ist und warum Transparenz, Ehrlichkeit und Solidarität hier so wichtig genommen werden. »Wir nutzen die Gelegenheit für einen Bildungsprozess, damit die community uns besser kennenlernt«, beschreibt Ender das Vorgehen.

Allen, die auf die eine oder andere Art geschummelt hatten, wurden nach den Gesprächen die Blockierungen aufgehoben. Einem, der geklaut und danach einen rührenden Entschuldigungsbrief geschrieben hatte, wurde die Blockade aufgehoben unter der Bedingung, dass er am nächsten Markttag einige Stunden selbst bei den Taschenkontrollen helfen sollte.

Herausforderungen

Die Wirtschaftskrise bringt noch etliche weitere Probleme mit sich, die Cecosesola vor verschiedene Herausforderungen stellen. Das Einkaufsteam braucht viel mehr Leute und hat viel mehr Arbeit und trotzdem gibt es manchmal kaum was zu verkaufen. Die Arbeiter_innen von Cecosesola dürfen zwar einen Tag vorher abends ohne Nummer einkaufen, aber auch für sie gilt die gleiche Knappheit. An den Eingängen sind viel mehr Leute nötig als vorher, ein privater Wachschutz wird zusätzlich bezahlt. Mindestens 3 Autos wurden in den letzten Monaten geklaut, Geld aus den Kassen ist verschwunden. In einigen Fällen müssen es Mitglieder von Cecosesola gewesen sein. Die Arbeitszeiten sind explodiert: Freitags, Samstags gehts um 5:30 los und während früher um 17 Uhr Schluss war, gehts mittlerweile oft bis 21 oder 22 Uhr. Abgesehen von Schlafmangel und Überarbeitung ist das auch ein Problem wegen der Unsicherheit in den Straßen. Bei einer solchen Gelegenheit wurde ein Auto der Kooperative, das Menschen nach Hause brachte, von einer bewaffneten Bande überfallen. Eduardo, der Fahrer, wurde mitgenommen und in einem anderen Stadtteil aus dem Auto geworfen.

Als weitaus größte Herausforderung in den Krisenzeiten sieht Jorge, bei all den konkreten Problemen nicht den persönlichen und kollektiven Transformationsprozess aus den Augen zu verlieren – der ja aus Sicht von Cecosesola Grundlage und wichtigster Zweck aller Aktivitäten ist.

Es sind schwere Zeiten für Solidarität in einer Gesellschaft, die sich immer mehr zum Überleben auf Kosten anderer entwickelt. Umso bewundernswerter, dass Cecosesola an dem Prinzip festhält, dass für die community und nicht nur für die Mitglieder gearbeitet wird. Andererseits zeigt sich auch die Krisenfestigkeit der aufgebauten Strukturen. Viele hierarchische Betriebe ähnlicher Größe sind schon pleite gegangen. Mit ihrem »Vorschuss«, Krankenversicherung, Mittagessen und Zugang zu günstigen Lebensmitteln haben die Arbeiter_innen von Cecosesola immer noch etwa 3mal so viel wie der Großteil der Venezolaner_innen. Das zeigt doch, dass es Sinn macht, solidarische Strukturen aufzubauen.

An der persönlichen und kollektiven Transformation weiterzuarbeiten ist vielleicht eine der größten Herausforderungen in diesen Zeiten. Dass das Zeit braucht und Dranbleiben und Weiterentwickeln dafür wichtig sind – das zeigen die 50 Jahre von Cecosesola eindrücklich.

Kartoffelkombinat

Anfang des Jahres konnte die solidarische Landwirtschaft »Kartoffelkombinat« aus München endlich ein eigenes Gelände kaufen. Es ist eine ehemalige Baumschule bei Mammendorf. Auf Grund der Größe des Grundstücks kann die Genossenschaft weitere Mitglieder aufnehmen. Fünf Jahre dauerte die Suche nach einem eigenen Standort. Bislang hatte das Kartoffelkombinat unterschiedliche Pachtverträge.

Weitere Infos unter: <http://www.kartoffelkombinat.de/blog/>

Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM)

Aus Möbelzelt wird nun endlich Möbelhalle. Am Dienstag den 28. März feiert die SSM die Grundsteinlegung der neuen Halle. Das Bauunternehmen Pelle startete bereits Mitte März. Zusätzlich zur Lagerhalle entsteht auf dieser eine Wohnetage mit zwei Drei-Zimmer-Wohnungen. Im Rahmen des Konzeptes der »Neuen Arbeit« werden dort acht neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Im Mai soll das Richtfest gefeiert werden.

Weitere Infos unter: <http://www.ssm-koeln.org/>

Politisches Labor

Das politische Labor ist eine zweiwöchige Veranstaltungsreihe, die vom 1.-14. Mai 2017 in Würzburg im Freiraum stattfindet. Im Politischen Labor wird es um das »gute Leben« gehen. Auf Konsum und Wachstum ausgelegte Vorstellungen von Wohlstand und Entwicklung werden in Frage gestellt. Neun Referent*innen teilen ihre Ideen und Erfahrungen einer solidarischen, nachhaltigen Gesellschaft. Dabei reichen die Themen von radikaler Bildungskritik über nachhaltige Landwirtschaft bis zu Erzählungen aus einem geldbefreiten Leben. Am 13.5. wird es zudem die Möglichkeit geben, die nachhaltigen und sozialen Initiativen Würzburgs kennenzulernen. Künstlerisch umrahmt wird die Veranstaltungsreihe von einer Fotoausstellung mit dem Titel »Unorte des Kapitalismus vs. Das Gute Leben« und einem Konzert. Die Vernissage der Ausstellung am 1. Mai um 18 Uhr bildet den Auftakt des Politischen Labors.

Programm unter: <https://politischeslabor.wordpress.com/>

ANZEIGEN

Viva la autonomía!
Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

SERIE: IMWANDEL - ONLINE-ZEITUNG UND VIDEOS

Zeigen, was schon da ist

Was ist Wandel? Wie sollten wir unsere Denkweise, unsere Gesellschaft, unseren Lebensstil, die Art und Weise, wie wir mit Ressourcen umgehen, ändern, um den Planeten, den wir bewohnen, nicht zu zerstören und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen? Solche fundamentalen Fragen benötigen so schnell wie möglich Antworten, da die negativen Folgen unseres Handelns immer stärker offensichtlich werden. Dies geschieht nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus sozialer Perspektive

LUCA ASPERIUS, IMWANDEL.NET

Diese existenziellen Fragen scheinen umso problematischer, desto mehr wir versuchen, sie von oben herab zu lösen: mit den gleichen Methoden, die Teil ihrer Ursache sind. So wird die Lösung zum Problem. Wir merkten jedoch schnell, dass bereits viele Menschen, mit den unterschiedlichsten Visionen, vor uns an möglichen Lösungen arbeiteten. Andere Lebensweisen und Formen des Wirtschaftens und Arbeitens werden bereits an vielen Orten in der alltäglichen Praxis erprobt - und sie funktionieren.

Warum erhalten solche Projekte nicht die Sichtbarkeit, die sie verdienen? Wir denken, dass heutzutage in den großen Medien etwas nicht so funktioniert, wie es funktionieren sollte. Eine Ökonomisierung der Aufmerksamkeit, und oft auch Abhängigkeiten zwischen Großunternehmen und Medien, haben zur Folge, dass die Berichterstattung über den alltäglichen Wandel nur wenig rentabel erscheint. Wir sahen hier eine Gelegenheit, die eine Vision und eine Berufung geworden ist: diese kommunikative Lücke zu füllen und die Sichtbarkeit und Anerkennung von Bewegungen, Projekten und guter Praxis des ökosozialen Wandels zu verbreiten, besonders für den Großteil der Menschen, die nicht täglich aktiv in diesen Bereichen sind.

Wir verpflichten uns einem Journalismus, der die positiven Beispiele des Wandels aufzeigt, die ein Gegen-



▲ Vorbereitungen zu Dreharbeiten bei ImWandel

Foto: ImWandel.net

gewicht bilden zu einem Paradigma des Wachstums, zu obsessivem Individualismus, Technokratie und Ausbeutungsverhältnissen, die das Narrativ der großen Medien zu oft beeinflussen. Dagegen zeigen wir auf, wie und wo sich Resilienz, Solidarität und globale Gerechtigkeit auf lokaler Ebene realisieren. Den Zugang zu diesen Informationen halten wir für eine notwendige Bedingung, damit jeder und jede sich eine eigene Meinung bilden und so ein gesellschaftlicher Wandel für alle stattfinden kann.

Oben haben wir über Lösungen - im Plural - gesprochen. Es gibt nicht die eine Lösung, ein Rezept für alle unsere Probleme. Mit der Zeit entwickelten und entwickeln sich unter-

schiedliche Lösungen. Manchmal als Antworten auf spezifische praktische Fragen, manchmal als Modelle, die aus unterschiedlichen Perspektiven entstanden und entstehen. Menschen verändern im Kleinen ihren Lebensstil, um beispielsweise ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Sie starten lokale Projekte, teilweise mit dem Gefühl, mit ihren Bemühungen allein zu sein und entgegen vieler Hindernisse. Wir denken, dass solche Projekte, bekämen sie die richtige Sichtbarkeit und Anerkennung, zum Nachahmen an anderen Orten anregen können.

Daneben gibt es auch stärker strukturierte Modelle, wie zum Beispiel Permakultur, solidarische Ökonomie, Transition Town, Degrowth,

Gemeinwohlökonomie, Commons... Viele von diesen Bewegungen sind parallel gewachsen, einige kooperieren bereits miteinander. Wir sehen diese Ideen als sich ergänzende Teile eines größeren Ganzen, welches ein größeres Bild entstehen lässt, das das Potential hat, eine umfassende Alternative zur bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Organisation des menschlichen Lebens in westlichen Zivilisationen aufzuzeigen. Dadurch, dass wir bei imwandel in unserem täglichen Narrativ die verschiedenen Lösungsansätze und Perspektiven bündeln, möchten wir unseren Beitrag für eine notwendige Konvergenz leisten. Konvergenz soll für uns keine homogene Bewegung sein, sondern vielmehr ein fluider Zusammenhang

von Praxis und Bewegungen, die den Wert ihrer Vielfalt behalten können. Konvergenz in diesem Sinne hat das Potential, durch gemeinsame Koordination systemische Lösungen vorzuschlagen.

Wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt: Weder haben wir den Anspruch, eine allumfassende Definition von ökosozialen Wandel zu liefern, noch meinen wir, die Lösungen für alle Probleme der Welt zu kennen. Wir beenden jedes Interview unserer Videoporträts mit der Frage: »Was ist Wandel für dich?« So wollen wir mit der Zeit eine Collage aus vielen Antworten aufbauen, eine gemeinsame Vision von den unterschiedlichen Meinungen der Menschen, die schon aktiv für einen ökosozialen Wandel sind. Viele Stimmen mit unterschiedlichen Tonalitäten und Lautstärken, die sich wie in einem Chor harmonisch ergänzen.

Was wir aber sicher sagen können: Wandel ist ein Prozess, ein Weg, um fortzuschreiten, möglicherweise gemeinsam. Das gilt auch für uns, als einzelne Personen, als Arbeitsgruppe und als Projekt. Wir möchten mit euch gemeinsam wachsen und uns dank eures Feedbacks verbessern, mit der Hoffnung, dass unsere Projekte mit der Zeit zu euren werden. So kann unser Modell, unsere Vision, im alltäglichen Leben eine Wirkung entfalten. Wir sind alle im Wandel.

Der Wandel
hat schon begonnen...
willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

<http://www.imwandel.net/>

NETZWERK NEWS

Ausländer, Black, Foreigner, Refugee ...



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 37 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Laut der UNHCR sind rund 50 Prozent aller Geflüchteten Frauen und Mädchen. Sie fliehen vor Unterdrückung und Verfolgung aus politischen wie religiösen Gründen. Aber auch geschlechtsspezifische Gründe wie Witwenverbrennung, Zwangsheirat, genitale Verstümmelung oder Vergewaltigung zwingen immer mehr Frauen zur Flucht. Wo gesellschaftliche und soziale Strukturen zerfallen, steigt die Gewaltbereitschaft im Allgemeinen, gegen Frauen im Besonderen. Dabei sind alleinflüchtende Frauen auch während und nach der Flucht, in Flüchtlingslagern und Notunterkünften kontinuierlich von Repression sowie sexualisierter Gewalt bedroht. Darüber hinaus haben die letzten Gesetzesänderungen, beispielsweise hinsichtlich des Familiennachzuges, die Situation von flüchtenden Frauen noch verschlechtert. Zu dem mehrheitlich ungeschultem Personal in den Behörden gesellt sich

also auch mehrheitlich ungeschultes Personal in den Parlamenten.

Und obwohl geschlechtsspezifische Fluchtgründe laut der Genfer Konvention zumindest formal längst Anerkennung finden sollten, zeigt die Anerkennungspraxis seit 2005, wie so oft, ein gänzlich anderes Gesicht. Nichtstaatliche Verfolgung durch das »nähere private Umfeld« ist schwerer nachzuweisen, heißt da zumeist die Erklärung. Unterdessen steht fest, wer aus geschlechtsspezifischen Gründen flieht, kann oder will der ihr/ihm zugeschriebenen gesellschaftlichen Rollen nicht entsprechen. Was hier zunächst nüchtern klingt, kann im Herkunftsland heftige Auswirkungen haben, aber auch im Aufnahmeland ist es ein ausschlaggebender Faktor.

... YOU ARE HIT BY THESE NAMES.

»The International Woman Space«

(IWS) ist eine feministische und politische Gruppe, die von geflüchteten Frauen und Migrant*innen organisiert und 2012 mit der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg gegründet wurde. Gemeinsam möchten sie dominante Wissensstrukturen herausfordern und gegen diskriminierende Politiken und Praktiken, die der Emanzipation von geflüchteten Frauen entgegenstehen, kämpfen. Dazu nutzen sie unter anderem das Mittel der »Testimonial-Literatur« aus der lateinamerikanischen Tradition, das dem konventionellen Schreiben über koloniale Situationen etwas entgegensetzen möchten. Dementsprechend werden mit ihrem Buch »In our own words - In unseren eigenen Worten« mutige Frauen, die gegen schwierige Realitäten kämpften und weiterhin kämpfen müssen, dokumentiert. Es soll als authentisches Narrativ verstanden werden, in dem die Zeug*innen aus der Dringlichkeit ihrer eige-

nen Situation heraus, erzählen und deutlich machen, dass nie nur eine einzige Geschichte existiert. Gewalt, aufgrund von geschlechtsbezogener Verfolgung, sowie die Möglichkeiten, diese Unterdrückungsmechanismen zu überleben, sind die gemeinsamen Themen der Lebenserfahrungen, die in diesem Buch aufgezeigt werden. Mit diesem »Zurückschreiben« soll der Hauptforderung vom IWS, Unterdrückungsmechanismen dem Recht auf Asyl aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung, Nachdruck verliehen werden.

Die erste Auflage war ein voller Erfolg und ist inzwischen vergriffen, allerdings soll ab April 2017 eine zweite Auflage in ausgewählten Buchläden oder gegen Spende auf der Internetseite erhältlich sein.

von Stella Napieralla

Weitere Informationen und Bücherbestellung unter: <https://iwspace.wordpress.com>

URBANE ERNEUERUNG DES TRAUMS DER PIONIERE

Gegen den Strom



▲ Australier jüdischen Glaubens mit ihrer Gruppe Gleichgesinnter, die zusammen in einer Kommune leben

Foto: Rapha Tami

Ein junger Australier jüdischen Glaubens ist mit einer Gruppe Gleichgesinnter nach Israel eingewandert, um dort in einer Kommune zu leben und die Ideen der sozialistischen Kibbutz-Gründer umzusetzen. In Haifa haben sie sich einem Netzwerk urbaner Kommunen und Kibbutzim angeschlossen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit engagieren.

RAPHA TAMIR, HAIFA

Im Sommer 2015 hatte in einem jüdischen Bürgerzentrum in Melbourne in Australien eine Aliyah- (Auswanderungs-) Zeremonie stattgefunden. Auf dieser jährlichen Veranstaltung werden die jüdischen Australier geehrt, die nach Israel umsiedeln wollen. Jedes Jahr kam eine kleine Anzahl jüdischer Australier dort hin, die nach Israel umziehen wollten. Dieses Mal waren viele Junge unter ihnen, die eine positive Energie ausstrahlten. Unter den künftigen Emigranten waren auch sechs Mitglieder der weltweit verbreiteten sozialistisch-zionistischen Jugendbewegung Bauleute der Freiheit »Habonim Dror«. Viele Habonim Dror-Bewegungs-Aktivistinnen waren gekommen, um ihre Freunde zu verabschieden. Diese Twens trennen sich nicht einfach so von ihrem bisherigen Leben und ihren Familien in Australien, um sich rein geographisch in Israel niederzulassen. Vielmehr hat sich die Gruppe entschieden, sich einem Netzwerk urbaner Kommunen unter dem Banner von »Dror Israel« (»Freies Israel«) anzuschließen. Bei der Abschieds-Veranstaltung hielten zwei der jungen Emigranten, Ellie Bouhadana und Adiel Coheny, eine Rede: »Für uns bedeutet der Umzug nach Israel nicht nur, dass wir Bürger dieses Staates sein wollen, sondern seine Zukunft gestalten und voranbringen wollen.«

Die sechs »Olim« (so nennt man Rückkehrer nach Israel auf hebräisch) werden bei ihrer Ankunft Ende Juni von einer größeren Kerngruppe begrüßt. Insgesamt sind wir dann 13 Mitglieder: zwei Nordamerikaner und elf Australier, zu denen ich gehöre. Alle sind zwischen 22 und 25 Jahre alt. Wir haben uns gemeinsam entschieden, dass wir

nicht denselben Weg einschlagen möchten wie viele unserer Altersgenossen: ein Studium abschließen, einen gut bezahlten Job annehmen, sich in einer australischen oder amerikanischen bürgerlichen Gesellschaft niederlassen und das Kleinfamilien-Modell fortführen. Wir sind in einer Jugendbewegung aufgewachsen, die die Gleichwertigkeit der Menschen und die Kollektivität als zentrale Säulen errichtet hat – und wir haben uns entschlossen, unser Leben diesen Idealen entsprechend aufzubauen, auch über die Jugendbewegung hinaus, an der wir teilgenommen haben.

Dem Pioniergeist neues Leben einhauchen

Seit ich mich im Januar 2016 in Israel niedergelassen habe, bin ich Mitglied der Erwachsenen-Bewegung »Dror Israel« im Geist des frühen Kibbutz. Sie versucht den Charakter der israelischen Gesellschaft in diesem Sinn zu beeinflussen und zu formen. Inspiriert vom Unternehmen der Kibbutzim des 20. Jahrhunderts und abgestoßen von der Aufgabe dieser Werte im Israel des 21. Jahrhunderts arbeitet die urbane Wiederbelebung des Kibbutz daran, die Entwicklung der israelischen Gesellschaft von den heute vorherrschenden Prinzipien weg umzukehren – weg von Gier, Rassismus, Ungleichheit und Wettkampf, die aus meiner Sicht am Horizont des jüdischen Staates von 2016 herumgeistern.

Unsere Gruppe bemüht sich, im Einklang mit den Werten zu leben, die wir hochhalten. Wir arbeiten daran, einen kollektiven ökonomischen Rahmen zu entwickeln, der die Bedürfnisse jedes Mitglieds erfüllt, unabhängig von dessen früherem Finanzstatus. Wir unterstützen uns als Lebenspartner gegenseitig in einer Weise, die das Paradigma einer normierten Paarbeziehung überschreitet. Wir möchten Wahlmöglichkeiten des gemeinsamen Lebens schaffen, die die Gesellschaft, der wir uns angeschlossen haben, positiv beeinflussen – die Juden im Allgemeinen und die ganze Welt.

Vom Kapitalismus zurückgelassen

Seit meiner Ankunft in Israel arbeite ich in einem Zweig der Jugendbewegung HaNoar HaOved VeHaLomed (Arbeitende und Studierende Jugend) in Kiryat Yam ein paar Kilometer nördlich von Haifa. Obwohl mein Hebräisch nicht perfekt ist und obwohl ich nicht hier geboren bin, habe ich die Lebensverhältnisse der israelischen Kinder allmählich zu verstehen gelernt. Ich arbeite mit 14- bis 15-Jährigen aus dem Viertel und habe erfahren, was es in der Realität bedeutet, am Rand der israelischen Gesellschaft aufzuwachsen. Ökonomisch marginalisierte Familien – viele von ihnen »Olim« aus Russland und aus Äthiopien – wachsen ohne Kontakt zum Rest der Gesellschaft auf. Viele haben keinerlei Zugang zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die das privilegierte israelische Establishment bietet. Sie fühlen sich nicht verbunden mit den Menschen in ihrer Umgebung, denn ihre Welt hat sie gelehrt, dass Erfolg haben bedeutet, genug Geld zu machen, um ihre Communities zu verlassen, das Viertel zu verlassen, sogar auch das Land.

Obwohl diese Kinder von seinen vermeintlichen Belohnungen ausgeschlossen bleiben, sind die Effekte des kapitalistischen Systems in ihrem Leben schmerzhaft präsent. Sie sind angetrieben vom Konkurrenzkampf. Das Erscheinungsbild ist unendlich wichtig. Wer hat den besten Haarschnitt? Wer besitzt das neueste Fahrrad? Wer trägt die besten Schuhe? Wer lebt im schicken Stadtviertel? Das sind die Fragen, mit denen die Teenager, mit denen ich arbeite, täglich konfrontiert sind. Traurigerweise ändern sich die Fragen, denen sich die 15-Jährigen gegenübersehen, nicht grundlegend, wenn sie erwachsen werden.

Informelle Bildung ist der Weg

Auch die neuen Gruppenmitglieder, die im Juni zu uns stoßen, werden wie ich als informelle Erzieher mit jungen Israelis und jungen

Juden aus aller Welt arbeiten. Wir haben uns freiwillig entschieden, uns in der Erziehung der Jugendbewegung zu engagieren, denn es ist klar, dass den Bedürfnissen der israelischen Gesellschaft am besten durch eine wertebasierte Bildung entsprochen werden kann. Ich möchte den Teenagern, die ich unterrichte, beibringen, dass es Wichtigeres auf der Welt gibt als Aussehen und Sozialstatus. Ich möchte, dass sie sich mit dem Ort verbunden fühlen, an dem sie leben und sich für dessen Zukunft verantwortlich fühlen. Ich wünsche mir, dass sie ihre Freunde nicht als Leute sehen, die es zu übertrumpfen gilt, sondern als Kooperationspartner. Ich möchte, dass sie spüren, wie ihre Gesellschaft sie wertschätzt. Ich wünsche mir, dass sie an eine Zukunft glauben können, die besser ist als die Realität, in die sie hineingeboren wurden.

Durch wertebasierte Bildungsaktivitäten und Erfahrungen der Gruppenbildung hat dieser Zweig von HaNoar HaOved VeHaLomed (Schwester-Organisation von Habonim Dror, angeschlossen an die zionistische Arbeiterbewegung) eine tiefgreifende Wirkung auf das Leben dieser jungen Menschen. Wir zeigen ihnen eine anders geartete Vision der israelischen Gesellschaft, eine, die auf Gleichheit, Frieden und sozialer Solidarität beruht. Wir, die wir auf diesem Gebiet arbeiten, verbringen unsere Tage damit, die Jugendlichen, die zu uns kommen, zu ermutigen, unsere Partner zu werden beim Verwirklichen dieser Vision.

Der Pioniergeist lebt noch

In ihrer Rede vor der Jüdischen Gemeinde in Australien hatten Ellie Bouhadana und Adiel Coheny ihre Freunde und Gemeindemitglieder daran erinnert, dass der Pioniergeist »nicht nur in den Obstgärten Galiläas, sondern auch in den Schulen von Haifa existiert. Vergesst nicht, dass es ihn nicht nur 1926 gegeben hat, sondern es gibt ihn auch noch 2016.«

Wir möchten kein Blinkfeuerchen sein, kein beliebiger Stachel unter den Habonim Dror-Mitgliedern oder den australischen Juden,

die diesen Lebensstil freiwillig Teilens in Israel wählen. Es sind einige Habonim Dror-Olim schon in den Jahren vor uns nach Israel gekommen. Sie haben den Weg für diesen kollektiven Way of Life gebahnt, so dass er eine realistische Option geworden ist. Wir hoffen, es werden uns noch viele folgen.

Für jeden von uns ist der Umzug nach Israel, um dort unser Leben zu gestalten, eine schwierige und komplexe Entscheidung gewesen. Es war die Entscheidung, in einer neuen Gesellschaft zu leben, in der wir nicht geboren sind, weit weg von unseren Eltern, Familien, Freunden und vertrauten Gemeinden. Da sind nicht nur geographische Schwierigkeiten, sondern soziale – wir haben uns entschieden, anders zu leben als unsere Familien und Freunde. Viele Menschen, die wir lieben, verstehen unsere Wahl und unsere Gründe dafür nicht. Und doch ist es aufregend und immens motivierend, in einer lebendigen Gemeinde junger Menschen willkommen geheißen zu werden, die eine ähnliche Wahl getroffen haben und die dieselben Werte zum Mittelpunkt ihres Lebens machen. Unsere Motivation ist, mit unseren Partnern hier in Israel zusammenzuarbeiten, um ein Land aufzubauen, das gerecht und friedlich ist, ein strahlendes Licht der Moral. Vor uns liegt ein langer Weg.

aus: CALL -Communities at Large Letter Nr.41, Sommer 2016

Übersetzung: Ariane Dettloff

ANZEIGE

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN
// Die Monatszeitschrift

JAHRESABO für €47,50
PROBEABO für €10,00



JETZT BESTELLEN
www.lateinamerika-nachrichten.de

KONFERENZ/PROTESTE

KONFERENZ »SELBER MACHEN«, 28.-30. APRIL 2017 BERLIN-KREUZBERG

Basisarbeit unter den Fittichen der internationalen Rätebewegungen

Es scheint sich ein neuer linker Aufschwung abzuzeichnen, trotz der Krisen, rassistischen Mobilisierungen und militärischen Eskalationen. Die internationalen rätedemokratischen Projekte und veränderten Praxen hiesiger Aktivist*innen brauchen aber eine gut organisierte Basis. Der »Selber machen« Kongress möchte einen Beitrag dazu leisten.

ANTIFA KRITIK & KLASSENKAMPF, FRANKFURT A. M.

Etwas bewegt sich. Zahlreiche neue Gruppen gründen sich, um kleinteilige Arbeit an der Basis zu machen. Ältere Gruppen ändern ihre Praxis grundlegend. Überall wird über strategische Umorientierung, Selbstorganisation und mit Vehemenz gegen Szene- und Kampagnenpolitik geredet. Thesenpapiere und umfangreiche Strategiereflexionen werden veröffentlicht.

Gleichzeitig geben internationale rätedemokratische Projekte, allen voran die kurdische Bewegung, eine Idee von der realen Möglichkeit einer anderen Gesellschaft. Trotz der Krisen, rassistischen Mobilisierungen und militärischen Eskalationen scheint sich ein neuer linker Aufschwung abzuzeichnen.

Wir machen einen Kongress, auf dem wir die Inspirationskraft der internationalen Rätebewegungen und die zunehmende Orientierung hiesiger Aktivist*innen auf Basisarbeit zusammenbringen wollen. Vom 28. bis zum 30. April 2017 wollen wir uns dazu im traditionsreichen Berliner Bethanien treffen.

Es ist an der Zeit, dass wir die Basisorganisationspraxen aus



▲ Eines der Podien auf der internationalen Konferenz in Thessaloniki bei vio.me. Spannende Vorträge und rege Debatten wird es auch auf der Selber Machen - Konferenz in Berlin geben

Foto: Giovanni Lo Curto

Stadtteil, Arbeitsleben, Gesundheit oder Kultur überregional zusammenbringen, uns über unsere Erfahrungen und Ansätze austauschen und über gemeinsame Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten sprechen. Wenn die Linke ein gesellschaftlicher Faktor werden soll, müssen wir auf eine solidarische und gut organisierte Basis hinarbeiten. Zugleich müssen wir Räume schaffen, in denen wir unsere Ideen zur Selbstorganisation austauschen und weitergeben können und in denen sich die Basisstrukturen

zu gemeinsamen Projekten verbinden können.

Der Kongress wird am Freitagabend eingeleitet von dem Podium »Das Scheitern der kapitalistischen Moderne und die Relevanz von Rätestrukturen und Kommunen im 21. Jahrhundert«, auf dem mehrere Theoretiker*innen ihre Thesen diskutieren werden. Am Samstag und Sonntag gibt es neun Panels zu Stadtteilarbeit, selbstorganisierter Gesundheitsversorgung, Mieter*innenkämpfen, Sportorganisation, Arbeitskämpfen,

Frauenselbstorganisation, Kollektivbetrieben, Gegenöffentlichkeit sowie Geflüchteten selbstorganisation. In den Panels berichten jeweils verschiedene Initiativen aus ihrer Praxis. Am Samstagnachmittag organisieren wir ein Podium über die solidarischen Gesellschaften in Chiapas (Mexiko) und Kurdistan. Mit den Vertreter*innen dieser Bewegungen wollen wir diskutieren, wie sie die Ansprüche auf Basisdemokratie praktisch umsetzen und mit welchen Problemen sie dabei konfrontiert sind. Den Abschluss

bildet ein Plenum, das die konkreten Praxen, wie sie am Wochenende diskutiert wurden, zusammenbringen soll und in dem wir über gemeinsame strategische Ziele beraten. Organisiert wird das Abschlussplenum von Gruppen, die Vorschläge zur Neuausrichtung linksradikaler Strategie ausgearbeitet haben.

Für das Essen und Trinken ist am Samstag und Sonntag gesorgt, beginnend mit dem gemeinsamen Frühstück um 9 Uhr morgens. Wir haben lange Pausen geplant, in denen der Austausch und das Kennenlernen auf vertraulicherer Ebene fortgeführt werden kann, und außerdem ein abendliches Ausklingen am Freitagabend in der Friedel54 und am Samstagabend rund ums Bethanien. Im Open Space können alle mitmachen und alles »selber machen«, was ihnen einfällt, zum Beispiel Ausstellungen, Themengespräche, Stände, Stadtführungen. Für genauere Info zum Open Space schaut bitte auf unsere Website. Und um auf der ganzen Konferenz für gute Stimmung zu sorgen, haben wir das 30jährige Jubiläum der revolutionären 1.-Mai-Demo in Kreuzberg auf den Tag direkt nach der Konferenz gelegt.

Wir hoffen mit dem Kongress einen Ort schaffen zu können, an dem Impulse für die langwierigen Aufbauprozesse zustande kommen, denen wir alle uns in den kommenden Jahren widmen werden müssen – wenn wir gegen Staat, Kapital und reaktionäre Krisenlösungsstrategien wirkliche Alternativen von links zur Debatte stellen wollen.

Infos unter: www.selbermachen2017.org

PROTESTE ZUM FUKUSHIMA JAHRESTAG AM AKW BROKDORF

Atomausstieg selbst in die Hand nehmen

Am 11. März war der sechste Jahrestag der Atomkatastrophe in Fukushima - zu diesem Anlass gab es Proteste gegen den Weiterbetrieb deutscher Atomkraftwerke.

GERDA MEYER, BROKDORF

Nach einem Erdbeben war es in Fukushima zu einer Kernschmelze in drei der sechs Reaktoren gekommen. Durch den Unfall wurde massiv radioaktive Strahlung und verstrahltes Material in die Umgebung freigesetzt, 170.000 Menschen mussten umgesiedelt werden und in dem Areal um das ehemalige Kernkraftwerk werden immer noch viel zu hohe Strahlenwerte gemessen.

Früh am Morgen wurde eine der Einfahrten des Atomkraftwerks Brokdorf mit einem Tripod (Dreibein mit einem Mensch oben drauf) und die andere mit zwei Betonfässern, an die sich jeweils zwei Menschen ketteten, versperrt. Die MitarbeiterInnen des Kraftwerks konnten zwar an ihnen vorbei laufen, für Fahrzeuge bleiben die beiden Zufahrten jedoch dicht.

Das Kraftwerk Brokdorf ist derzeit abgeschaltet. Bei einer planmäßigen Jahresrevision waren auffällig dicke Oxidschichten an den Brennstäben aufgefallen und dem Betreiber Preussenelektra wurde das Neubestücken des Kraftwerkskerns von der Atomaufsichtsbehörde untersagt.

Eine Wiederinbetriebnahme des AKW sei erst möglich wenn die Ursache dafür geklärt sei. Es zeigt einmal mehr, wie wenig die Betreiber von



▲ Blockade vor dem Atomkraftwerk Brokdorf.

Foto: Pay Numrich

den tatsächlichen Prozessen im Reaktor verstehen. Sie sind und bleiben unberechenbar.

Es geht allerdings nicht nur um die Sicherheitsaspekte, sondern auch um die Frage nach der Endlagerung des atomaren Mülls, erklärte eine der AktivistInnen in einem Interview. Sie hätten deshalb beschlossen, den Atomausstieg selbst in die Hand zu

nehmen. Sie seien für eine Stilllegung aller Atomkraftanlagen, weltweit und sofort!

Nach einem geeigneten Standort für den täglich produzierten atomaren Müll wird bis heute gesucht. »Bis dahin wird er weiter sehr sinnvoll von A nach B umgelagert, wenn er nicht, wie im Salzstock Asse »probeweise unwiderbringlich« gelagert wurde.«,

so einer der AktivistInnen.

»Es gibt massive Eingriffe in Natur und Menschenrechtsverletzungen beim Uranabbau, kein Sicherheitskonzept für die zig möglichen Störfälle und keine Lösung für den anfallenden Müll. Das derzeitige Weiterlaufen der Atomkraftwerke ist ein Skandal«, ergänzte ein Anderer.

Wie angreifbar ein Atomkraftwerk

ist, zeigt auch ein weiteres Ereignis dieses Tages. Gegen 11 Uhr ertönte eine Sirene auf dem Kraftwerksgelände, welche eine Teilevakuvierung des Kraftwerks ankündigte. Kurze Zeit später lief ein Großteil der Belegschaft an den angeketteten Personen vorbei und wurde in eine wenige Kilometer entfernte Notunterkunft gebracht. Grund für den Alarm war eine abgebrochene Funkverbindung zu einem Flugzeug.

Alle deutschen Atomkraftwerke waren von dem Alarm betroffen und neben Gorleben wurden noch mindestens 4 weitere Kraftwerke für kurze Zeit evakuiert.

Die Polizei versuchte in dieser Zeit die zwei Blockaden davon zu überzeugen sich aufzulösen, was jedoch mit dem Argument abgelehnt wurde, dass es im Falle eines Flugzeugabsturzes in ein AKW auch keiner Rettungswege mehr bedürfe...

Kurze Zeit später spazierte die Belegschaft wieder ins Kraftwerk. Am Nachmittag räumten die AktivistInnen freiwillig die Zufahrten wieder. Gegen die vier angeketteten Menschen wurde eine Anzeige wegen Nötigung gestellt.

Laut den AktivistInnen könnte das AKW Brokdorf runtergefahren bleiben. Außerdem werden dieses Jahr wieder Castoren von Obrigheim nach Neckarwestheim transportiert werden und für nächstes Jahr ist ein Atommülltransport aus dem englischen Sellafield nach Brokdorf geplant. Alles ein Grund, sich einzumischen!

GESETZENTWURF

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften vorgelegt. Mit diesem sollen die Voraussetzungen konkretisiert und vereinheitlicht werden, unter denen unternehmerische Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement als wirtschaftlicher Verein tätig werden können. Zudem sollen bürokratische Entlastungen auch die Rechtsform der Genossenschaft für das bürgerschaftliche Engagement attraktiver machen.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION
GENOSSENSCHAFTEN

Wenn Bürgerinnen und Bürger einen Dorfladen gründen oder das Programmkinos einer Kleinstadt übernehmen, verbessern sie ganz konkret die Lebensverhältnisse vor Ort. Diese kleinen Unternehmen werden meist ehrenamtlich betrieben und haben wenig finanzielle Mittel. Oft ist es für sie zu aufwändig und zu teuer, das Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft zu betreiben. Der rechtsfähige wirtschaftliche Verein könnte hier die bessere Rechtsform sein.

Wirtschaftsverein ermöglichen

Der Gesetzentwurf sieht vor, für ganz kleine unternehmerische Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement den Zugang zur Rechtsform des rechtsfähigen wirtschaftlichen Vereins zu erleichtern. Die Rechtsformen der Kapitalgesellschaft oder der Genossenschaft sind häufig wegen der damit verbundenen Kosten nicht zumutbar. Der rechtsfähige wirtschaftliche Verein ist hingegen eine Rechtsform, die wenig Aufwand und Kosten verursacht. Künftig sollen die Voraussetzungen für die Verleihung

der Rechtsfähigkeit an wirtschaftliche Vereine stärker konkretisiert und dadurch die Verleihungspraxis stärker vereinheitlicht werden.

Zu diesem Zweck wird § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verständlicher gefasst und eine Ermächtigung für eine Verordnung vorgesehen. Durch diese sollen die Verleihungsvoraussetzungen für Initiativen aus

im Wohlfahrtsbereich bewährt hat, bleiben unverändert.

Genossenschaft wird attraktiver

Damit aber auch die Rechtsform der Genossenschaft für Kleinunternehmen attraktiv bleibt, sind für Genossenschaften einzelne bürokratische Erleichterungen vorgesehen. Unter

die Rechtsform für unzulässige Investmentvermögen missbraucht wird.

Kritische Stimmen

Aus Sicht des ZdK, des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften, ein Genossenschaftsverband, der sich besonders intensiv für kleine und neue Genossenschaften enga-

rentenentwurf sah noch eine Verdoppelung der Beträge vor. Der Regierungsentwurf dagegen kommt nur zu einer kleinen Erhöhung: auf eine Bilanzsumme von 1,5 Millionen Euro und Umsatzerlöse von 3 Millionen Euro.

Die Schere zu den Kennzahlen im Handelsgesetzbuch (§ 267 HGB), die sich auf Kapitalgesellschaften beziehen, geht damit immer weiter auf. Der ZdK kritisiert, dass sich damit die genossenschaftlichen Spitzenverbände durchgesetzt haben, die in ihrer Stellungnahme vom 20. Dezember 2016 die Anhebung der Größenmerkmale strikt ablehnen. Dies liegt nahe, da die daraus resultierenden Prüfungsgebühren zu deren wichtigsten gesicherten Einnahmequellen gehören. Sie argumentieren folgendermaßen: »Eine Aufweichung des genossenschaftlichen Prüfungssystems muss zu einem erheblichen Reputationsschaden für die Rechtsform der Genossenschaft führen. Durch eine Anhebung der Größenmerkmale würde die Nichtprüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts vom Ausnahmezum Regelfall.«

Entdemokratisierung vermeiden

Der ZdK kritisiert auch, dass laut dem Entwurf zu einer Generalversammlung lediglich durch die Information auf der Internetseite der Genossenschaft eingeladen werden kann, sofern die Satzung dies als Einladungsweg vorsieht. Das führt dazu, dass aus der eigentlichen Bringschuld - die Genossenschaft muss die Einladung an die Mitglieder versenden - eine Holschuld wird. Die Mitglieder müssten dann regelmäßig die Internetseite ihrer Genossenschaft besuchen, um keine Generalversammlung zu verpassen. Unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes ist eine solche Regelung ausdrücklich abzulehnen. Sie könnte zur weiteren Entdemokratisierung vor allem von Großgenossenschaften führen.



▲ Das Bettengebäude auf dem Hulsberggelände in Bremen wollen die Gründerinnen und Gründer der neuen StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt übernehmen.
Foto: StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG

bürgerschaftlichem Engagement konkretisiert werden. Die Gesetzesänderung zielt nur auf Initiativen ab, die einen wirtschaftlichen Hauptzweck haben. Die Regelungen zum Idealverein (»e.V.«), der im Rahmen des Nebenzweckprivilegs wirtschaftlich tätig werden darf und der sich als Rechtsform insbesondere

anderem soll bei Kleinstgenossenschaften jede zweite Pflichtprüfung in Form einer kostengünstigeren vereinfachten Prüfung stattfinden. Ferner soll die Finanzierung von Investitionen durch Mitgliederdarlehen erleichtert werden. Schließlich wird angestrebt, die Transparenz bei Genossenschaften zu erhöhen, um zu verhindern, dass

giert, fällt der Regierungsentwurf im Vergleich zum Referentenentwurf an einer für kleine Genossenschaften wichtigen Stelle zurück. Im derzeit gültigen Genossenschaftsgesetz wird nach § 53 Abs. 2 GenG die Bilanz einer Genossenschaft geprüft, wenn die Bilanzsumme eine Million Euro und die Umsatzerlöse 2 Millionen Euro übersteigen. Der Refe-

BUCHBESPRECHUNG

Genossenschaften: Potenziale und Hemmnisse

Den wichtigsten empirisch fundierten Überblick über die aktuelle bundesdeutsche Genossenschaftslandschaft gibt eine Veröffentlichung, die sich mit den Potentialen und Hemmnissen der eingetragenen Genossenschaft auseinandersetzt. Sie beruht auf einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Wer sich einen guten Einblick in die aktuelle Genossenschaftswelt verschaffen will, kommt an dieser Studie auf keinen Fall vorbei.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Durchgeführt wurde die Studie über die Rechtsform der Genossenschaft vom Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln und der Kienbaum Management Consultants GmbH. Sie ist sehr abwägend geschrieben, zeigt aber dennoch die Fehler und Mängel, ebenso wie die Stärken der Rechtsform auf. Tatsächlich wird die Untersuchung von fast allen Seiten als Bestätigung ihrer eigenen Einschätzung gesehen, da sich Kritik und Lob trotz klarer Aussagen die Waage halten.

Aufzeigen lässt sich dies an den Prioritäten der Gründer von Genossenschaften und der Gründer von anderen Rechtsformen. Erstere legen bei ihrer Rechtsformwahl besonderes Gewicht auf eine demokratische Organisationsform. Dagegen spielt dieses Merkmal

für letztere keine Rolle. Diejenigen, die in nichtgenossenschaftlicher Rechtsform gründen, sind deutlich sensibler hinsichtlich Aufwand und Kosten, die mit einer Rechtsform einhergehen. Genossenschaftsgründer nehmen im Durchschnitt eher größere Belastungen in Kauf. Sie tun dies auch wegen der Betreuung durch einen genossenschaftlichen Prüfungsverband, der dadurch bedingten stärkeren Sicherheit über ihr wirtschaftliches Handeln.

Geeignet für Bürgerbewegungen

Während die Genossenschaft lange als unmodern galt, wird sie heute als geeignete Organisationsform von bürgergetragenen Bewegungen wahrgenommen. Sie trifft damit den »Nerv der Zeit«. Jedoch ist das Wissen über die Besonderheiten der genossenschaftlichen Rechtsform unter Gründern immer noch lückenhaft, auch bei denen, die von der Rechtsform als solcher wissen. Das hängt damit zusammen, dass die Genossenschaft im Vergleich zu anderen Rechtsformen nicht präsent genug ist, um in der Gründungsberatung außerhalb des Genossenschaftswesens regelmäßig Berücksichtigung zu finden.

Die Studie schlägt hier vor, dass die Genossenschaftsverbände und gegebenenfalls auch die öffentliche Hand, die Kooperation besonders mit freien Beratern aber auch mit Handwerks-

und Industrie- und Handelskammern intensivieren. Ziel ist, so Genossenschaften in der Gründungsberatung fester zu verankern. Dort, wo außerhalb der Verbände freie Berater oder Organisationen wie die Energieagentur NRW sich engagieren, zeichnen sich positive Wirkungen ab. Solche Ansätze könnten mit begleitenden Programmen, so die Autoren, auf ein deutlich breiteres Fundament gestellt werden. Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung durchgeführten Befragungen zeigen, dass konkreten Praxisvorbildern bei Genossenschaftsgründungen eine besondere Bedeutung zukommt. Insofern sollten Best-Practice-Beispiele in noch größerem Ausmaß dokumentiert und zugänglich gemacht werden.

Gründungsförderung verbessern

Defizite bestehen bei der öffentlichen Förderung von Genossenschaftsgründungen. Dabei resultiert die Benachteiligung der Genossenschaft nicht aus einer bewussten Diskriminierung. Im Gegenteil, Genossenschaften sind in den KfW-Richtlinien an einigen Stellen explizit aufgenommen worden. Diese Erwähnungen werden aber kaum wirksam, weil das fehlende Problembewusstsein in Bezug auf die besonderen genossenschaftlichen Strukturmerkmale nach wie vor fortwirkt.

Der bei weitem überwiegende Teil

der KfW-Förderung ist auf alleinverantwortliche (Einzel-)Unternehmerpersönlichkeiten zugeschnitten, die es bei der Genossenschaft so nicht gibt. Die Förderung dürfte bei Genossenschaften nicht auf natürliche Personen abzielen. Hier gilt es zu prüfen, wie existierende Programme angepasst und welche neuen geschaffen werden können.

Verbesserungspotential wird deutlich

Nur eine deutliche Minderheit der befragten Genossenschaften spricht sich gegen eine Abschaffung von Pflichtmitgliedschaft und Pflichtprüfung aus. Die empirischen Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass der damit verbundene zeitliche und organisatorische Aufwand sowie Kosten für eine kleine Minderheit der Genossenschaften nach wie vor als (zu) hoch einzuschätzen sind. Potentielle Gründer werden teilweise dadurch abgehalten, die genossenschaftliche Rechtsform zu nutzen.

Die Befragung gibt erstmals den Gründern selbst eine Stimme. Alle Beteiligten sind darin einig, dass Genossenschaften großes Lösungspotenzial für aktuelle und zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Problemstellungen bieten. Entsprechend hängt es vom politischen Willen ab, welche der zahlreichen in der Studie skizzierten Maßnahmen ergriffen werden. Mit ihrer Hilfe ließen sich Hemmnisse

einer verstärkten Neugründungsaktivität abbauen, sodass diese Potenziale tatsächlich ausgeschöpft werden können.

Johannes Blome-Drees, Nikolaj Beggild, Philipp Degens, Judith Michels, Clemens Schimmele, Jennifer Werner: Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft, Reihe: Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft, Bd. 12, Münster 2016, 348 S., 39,90 Euro.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Südnischer Herd mit Mändchen in der Genossenschaft in Chapala - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

PSYCHOLOGIE-KONGRESS ÜBER »GESELLSCHAFTLICHE SPALTUNGEN«

Wir brauchen eine neue Aufklärung

Vom 9. bis 12. März 2017 fand in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie statt. Gesellschaftliche Spaltungen, so die vorherrschende These der Veranstaltung, prägen alle Lebensbereiche – u.a. die Sphären der Arbeit, der Gesundheit, der Bildung und des Wohnens, aber auch das Verhältnis von Nord und Süd, Mann und Frau, ethnischer oder religiöser Mehrheiten und Minderheiten. Die Rechtsentwicklung sei ein Warnsignal für den Zusammenhalt der Gesellschaft, wie es im Einladungstext des Kongresses heißt.

ANNE SEECK, BERLIN

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, kritisierte im Eröffnungsvortrag das von Politik und Medien beständig wiederholte Mantra, nach dem es Deutschland so gut wie nie ginge. Die verlautbarten Rekordzahlen stimmten, aber die Gesellschaft sei zutiefst gespalten. Fast 13 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze. Und die untersten 40 Prozent der Bevölkerung verfügen kaum über Ersparnisse, auf ihrem Konto herrscht Ebbe. In der Folge leiden sie unter einem gnadenlosen Stress, das heißt der Angst, die Miete, Strom oder Gas nicht bezahlen zu können. Sie fürchten, die Wohnung zu verlieren – kurz, es geht um die Existenz. An diesem Teil der Menschen geht die Wohlstandsentwicklung schlicht vorbei.

Denkblockaden: Von »Gutmenschen« und »Bedenkenträgern«

Seit 30 Jahren herrscht eine neoliberale Politik vor, seit 30 Jahren werden die Steuern für Reiche gesenkt, steht die Profitmaximierung

an oberster Stelle und wird der Sozialstaat geschliffen. »Warum lassen wir uns immer wieder bluffen von den gleichen Versprechen«, fragte Ulrich Schneider, »von einer Politik, die sagt, sie kann Ungleichheit verhindern, sie aber immer weiter verschärft?« Wie ist erklärbar, dass viele Menschen permanent gegen die eigenen Interessen handeln? Für Ulrich Schneider liegt die Ursache in den Denkblockaden. Die Aussagen »Es gibt nicht mehr links und rechts« oder »Wir müssen wieder sachlich werden« würden Interessenunterschiede verkleistern. Aus Sachlichkeit wird schnell Sachzwang, der zur vorgeblich alternativlosen Politik führe. Ideologen, so die herrschende Meinung, seien jene, die nichts mit der Realität zu tun haben wollten, insbesondere »Linke«. Menschen, die sich im neoliberalen Mainstream sorgten, würden als »Gutmenschen«

verspottet, Leute, die nachdächten, die Gegenpositionen einnehmen, als »Bedenkenträger« abgestempelt.

Die Sachverhalte wurden umgedreht, so Schneider. Aus dem Begriff der Sozialen Gerechtigkeit wurde eine »Neiddebatte«. Dieser Vorwurf aber zerschlägt inhaltliche Auseinandersetzungen und fördert Denkblockaden. Reflexhaft würde beständig die Frage gestellt: »Wer soll das denn finanzieren?« Nach Ulrich Schneider helfen immer neue Konzepte nicht weiter – was wir dagegen brauchen sind eine Politik der Umverteilung und Solidarität. Sich für die eigenen Interessen einzusetzen, müsse wieder gelernt werden. Wir brauchen eine neue Aufklärung.

Gegnerbeobachtung

Ausführlich referierte Gerd Bosbach über das Thema »Die Welt der Renten

aus den Fugen« und über den Missbrauch von Statistiken. Seiner Darstellung nach werden Angstbilder (à la »Die Deutschen sterben aus«) produziert. Der Referent widerlegte die Demografie-Lüge, deren Nutznießer Unternehmen, Versicherungen, Finanzdienstleister, Politiker und Medien seien. Sehr interessant war auch der Vortrag von Werner Rügemeier über »Arbeitsverhältnisse: Arbeitgeber als straflose Rechtsbrecher«. Was einmal Standard war – das Arbeitsrecht als Schutzrecht für Arbeitnehmer – ist zu einem Arbeitskampfrecht der Arbeitgeber mutiert. Das Vertrauen auf den Rechtsweg reicht nicht mehr aus. Die Gegenseite missbraucht das Arbeitsrecht. Werner Rügemeier rief dazu auf, aktiv zu werden. »Wir müssen unsere Gegenseite besser beobachten«, lautete sein Appell. Welche Taktiken aber verfolgen die Gegner? Rügemeier

verwies auf Aktionen gegen Arbeitsunrecht.

Weitere Infos: <http://arbeitsunrecht.de/>

Die Bekämpfung der sozialen Utopie

In zwei Workshops wurde auf die Linke Bezug genommen. Gerhard Hanloser bezog sich u.a. auf die These des 1999 in Frankreich erschienenen Buches von Luc Boltanski und Ève Chiapello »Der neue Geist des Kapitalismus«, nach der der Kapitalismus die Künstlerkritik der neuen Linken (Suche nach Authentizität und Freiheit) aufgenommen hätte, während gleichzeitig die neuen Linken von der Sozialkritik abgerückt seien. Der Referent hält diese These für falsch. Rudolf Stumberger unterschied zwischen einer sozialen Utopie, den langen Kampf der arbeitenden Klassen um Existenz und der alternativen Utopie seit der Revolte von 1968. Seine These lautete: »Die Neoliberalen nahmen Diskurse der Freiheit aus der alternativen Utopie auf und verwandelte sie in eine Konterutopie, es ging um die Bekämpfung der sozialen Utopie.« In der Diskussion wurde anschließend die These vertreten, dass sich nur auf Basis von sozialer Sicherheit auch Freiheit entfalten könne. Den Neoliberalismus mit dem Begriff Freiheit zusammenzudenken sei dagegen abwegig.

Das Programm dieses wichtigen Kongresses war beeindruckend vielfältig. Im Abschlussplenum wurde diskutiert, warum weniger Menschen als im Vorjahr teilgenommen hatten (vielleicht waren es schlicht zu viele Themen). Man darf gespannt sein auf die Fortsetzung.

Weitere Infos: www.ngfp.de

<https://www.journal-fuer-psychologie.de/>



▲ obdachlos

Foto: Rene Struck (flickr); CC BY ND 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/>)

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

OLG ordnet Wiederholung des Schwarzfahr-Verfahrens in Gießen aus

Als im April 2016 das Landgericht Gießen über einen Schwarzfahrer mit Hinweisschild (zu dieser Art, straffrei ohne Ticket unterwegs zu sein, siehe www.schwarzstrafen.tk) zu urteilen hatte, war dem Strafkammervorsitzenden deutlich anzusehen, dass er in der laufenden Auseinandersetzung um die Frage, ob offensiv sichtbar gemachtes Schwarzfahren noch eine strafbare »Erschleichung« darstellt, die verurteilungswürdigen Gerichte nicht mehr verstand. Deren Versuche, einen unrettbaren Paragraphen zu retten, seien »peinlich«, führte er im April 2016 im mündlichen Urteil aus. In der schriftlichen Fassung stand immerhin noch das Wort »absurd«. Gemeint waren die unzähligen, völlig unterschiedlichen und sich oft direkt widersprechenden Varianten, mit denen Gerichte das Schwarzfahren als heimlich erklären, obwohl die ticketlos fahrenden Hinweisschilder an der Kleidung trugen. Zwei Gerichte schafften es sogar, eine Kombination aus Hinweisschild, Flugblattverteilung, Megafon und Transparent als »heimlich« einzustufen. Das Landgericht Gießen urteilte daher: Freispruch. Das Absurde müsse ein Ende haben. Hat es aber nicht. Die Staatsanwaltschaft reichte Revision ein und das Oberlandesgericht tat genau das »Peinliche«,

was der Gießener Richter meinte: Es ordnete die Wiederholung an, weil ein Mensch mit Schild am Körper genauso aussähe wie ein Mensch ohne solch ein Schild. Es ist nicht der erste Fall, wo die Justiz mit der Physik hadert: Nass = trocken, hell = dunkel, rot = blau. Gericht = ?

Wann der Wiederholungsprozess in Gießen steigt, ist noch unklar. Wie er ausgeht, ist unabschätzbar, denn die Lage bleibt, wie sie war: Das Fahren ohne Ticket geschah nicht heimlich, also nicht »erschlichen«, wie es das Gesetz fordert. Weitere Verfahren dieser Art laufen in München und Hildesheim.

Wenn ein Polizist blindlings jemanden niederschießt, ist der Schuld, der den Polizisten dazu provoziert hat

Es stand in der FR, 13.2.2017: »Ein partyfeiernder Wohnungsmieter fühlt sich von mutmaßlichen Krawallmachern vor seiner Wohnungstür bedroht und versucht sie zu vertreiben, indem er die Tür einen Spalt breit öffnet und mit einer Schreckschusspistole ins Treppenhaus feuert. In Wirklichkeit stehen vor der Tür aber keine Störer, sondern Polizisten. Einer von ihnen greift reflexartig zu seiner Waffe und schießt blindlings durch die Tür zurück, insgesamt fünfmal. Der Mieter ahnt: Hinter der durchlöcherter Tür

steht eine Freundin des Mieters, die in der Wohnung gerade ihren 17. Geburtstag feiert. Durch die Polizeischüsse wird sie lebensgefährlich an Schulter, Leber und Galle verletzt. ... Dem 34-jährigen SEK-Polizisten, der gerade bei der Schupo hospitierte, bescheinigte die Staatsanwaltschaft schon bald nach dem tragischen Vorfall, dass er sich »subjektiv in einer Notwehrsituation« befunden habe. Für ihn sei nicht erkennbar gewesen, dass es sich beim Pistolenknall nur um einen Schreckschuss handelte. Deshalb werde er nicht wegen versuchten Totschlages oder fahrlässiger Körperverletzung im Amt angeklagt. Dafür erwirkte die Staatsanwaltschaft jetzt aber beim Amtsgericht einen Strafbefehl gegen den Wohnungsmieter: ein Jahr Haft auf Bewährung; außerdem soll er 120 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Die Justiz macht den Mieter ... für die fünf Polizeischüsse und die Verwundungen des Mädchens verantwortlich, im Sinne einer fahrlässigen Körperverletzung.« Der Mieter hätte durch seinen Schreckschuss die scharfen Schüsse provoziert ...

Buchtipp: Hannes Hofbauer, »Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung«

Der Buchtitel allein vermittelt nicht, was zwischen den Buch-

deckeln wirklich steckt. Der Autor nimmt sich der Debatte um Völkermorde an, die in den letzten Jahren vermehrt zu Gesetzen geführt hat, die eine Leugnung solcher Vorgänge unter Strafe stellen. Auf diese Weise setzen Regierungen ihre Wahrnehmung der Geschichte nun auch per autoritärer Strafanordnung durch, zum anderen geht die bisher behauptete Singularität der Naziverbrechen im Brei vieler Massenmord-Leugnungsverbote unter. Die Beschränkung auf dieses Spezialthema, welches dann präzise einschließlich umfangreicher Schilderung der Hintergründe vermeintlicher Verbrechen ausgeführt wird, hätte im Buchtitel erwähnt werden müssen. So erwartet mensch eher eine Kritik gerichteter Justiz. Davon ist Hofbauer aber erkennbar weit entfernt - absurderweise stützt er sich bei seinen Gegenargumenten mitunter auf genau die Rechtsprechung, die er eigentlich kritisieren will. Seinen Glauben an die wahrheitsschaffenden Instanzen hat er also nicht verloren ... (2011, Promedia in Wien, 264 S., 17,90 €).

Aktuell laufend: Kampagne gegen die Strafbarkeit des »Containerns«

Seit Mitte März läuft eine Petition an den Deutschen Bundestag. Wird sie in dieser Zeit von 50.000 oder mehr Menschen im Inter-

net oder auf Listen unterschrieben, muss sich ein Ausschuss des Bundestages mit unserer Forderung nach einer Veränderung des Diebstahlsparagrafen auseinandersetzen – öffentlich. Darüber hinaus sollen überall, vor allem aber in Aachen rund um einen dort am 11.4.2017 um 10 Uhr stattfindenden Strafprozess gegen »Containerner« Aktionen stattfinden, um Aufmerksamkeit auf die Forderungen zu lenken. Die Bündnisse »change§242« und »AachenContainern« rufen auf zu: Unterschreib die Petition und verbreite sie als Mail, bei Facebook oder twitter, leg Listen in Geschäften und Treffpunkten aus! Flyer und Plakate können über die Mail-Adresse bestellt werden. Nimm an Aktionen teil oder organisier selber welche! Ideen und Anleitungen dafür findest Du auf unserer Website. Rette Lebensmittel und anderes Brauchbares aus dem Müll. Kämpfe mit, damit die Ausbeutung von vielen Menschen und ganzen Erdteilen, angetrieben aus Profitgier, ein Ende findet! Je mehr Menschen sich beteiligen und aktiv einbringen, desto größer ist die Chance, dass wir es schaffen!

Infos & Kontakt: 242.blogsport.de | Aachen-Containern@riseup.net | [facebook.com/AachenContainern](https://www.facebook.com/AachenContainern)

Jörg Bergstedt



ZUR DOPPELROLLE VON JOURNALISTINNEN IN BEWEGUNGEN

Mitten drin... und auch außen vor

Wer für *Contraste* oder andere alternative Medien schreibt, will selten möglichst neutral über ein Ereignis berichten, wie es JournalistInnen in großen Medien vorgeben zu tun. Sondern *Contraste*-AutorInnen sind meist Teil von Bewegungen oder sie sind in einem Projekt engagiert, über das sie schreiben. Nach gängigen Regeln der Medienbranche ist diese Doppelrolle von AktivistIn und BerichterstatteIn jedoch ein Unding. – Die Diskussion an der Stuttgarter Transformations-tagung Ende März zeigte hingegen, dass statt einer eh nicht einzuhaltenden »Neutralität« die transparente eigene Haltung eines/r JournalistIn in Alternativmedien viel entscheidender für die Glaubwürdigkeit sei.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Im Zusammenhang mit der oft plakativ geführten Debatte um »Fake news« geht es meist nur darum, ob aktuelle Aussagen von PolitikerInnen nun wahr sind oder eben nicht. Selten geht es darum, was genau bei einem bestimmten Ereignis geschehen ist. Dies zeigt auch der Beitrag zur diesjährigen Linken Medienakademie (LiMA) auf Seite 11 dieser Ausgabe, der sich vor allem um die Fragen dreht, wie Medienschaffende mit »alternativen Fakten« umgehen sollen. In den Hintergrund tritt bei der aufgeregten Diskussion jedoch häufig die eigentliche Kernaufgabe von JournalistInnen – nämlich Fakten zu recherchieren, unsichere Quellen sauber zu überprüfen und Zusammenhänge herzustellen.

Nun will ich im nachfolgenden Beitrag jedoch nicht den zunehmenden Vertrauensverlust erörtern, dem sich die Leitmedien in Deutschland ausgesetzt sehen. Sondern vielmehr der Frage nachgehen, welche Rolle die Alternativmedien in Zeiten des Umbruchs ausfüllen können. Oder anders gefragt: Welche Chancen und welche Konflikte gibt es für AutorInnen beispielsweise in der *Contraste*, wenn sie sich ihrer Doppelrolle als AktivistInnen und BerichterstatteInnen bewusst sind?

Transparente Haltung

Im Rahmen der Stuttgarter Transformations-tagung fand zu diesem Thema am 26. März ein sonntägliches »Pressegespräch« statt, allerdings nicht im Fernsehen, sondern live und mit Publikum im Jugend- und Kulturzentrum Forum3. Der Moderator Ulrich Morgenthaler konnte drei Gäste begrüßen: Die Autorin Sarah van Gelder, die vor 21 Jahren in den USA das »Yes-Magazine« mit begründete, den Buchautor und Gründer von Kontext-TV, Fabian Scheidler, sowie den Autor dieses Beitrags, der die Sichtweise eines *Contraste*-Redakteurs einbrachte.

Das »Yes-Magazine« unterscheidet sich von üblichen Zeitschriften vor allem dadurch, dass nicht Probleme und Skandale im Vordergrund stehen, sondern dass die RedakteurInnen konkrete Lösungsansätze vorstellen. Laut Sarah van Gelder wollen sie mit ihren Magazinbeiträgen »über die Bemühungen der Menschen berichten, eine gerechtere, nachhaltigere und mitfühlendere Welt zu schaffen« (vgl. Interview in *Contraste*, März 2017). Und sie ergänzte, dass ihr vor allem wichtig sei, ihre Haltung gegenüber einem Projekt oder ihre Form der Unterstützung zu begründen und transparent zu beschreiben.

Beispielsweise nahm sie an einigen Protestaktionen gegen eine geplante Ölpipeline im Standing-Rock-Reservat (US-Bundesstaat South Dakota) teil und schilderte den beeindruckenden, friedlichen Protest und die Aktionen des Zivilen Ungehorsams rund um das Widerstandscamp. In ihrem Interview mit einem ehemaligen Polizei-offizier und Marine-Veteran brachte sie die kraftvolle Verbindung zwischen der lokalen weißen Bevölkerung und den Indianerstämmen (»tribe«) zum Ausdruck, die beide in ihrem Kampf als Wasserschützer dasselbe Ziel verfolgen.

Zudem formulierte sie – was in Mainstream-Medien undenkbar wäre – ihre klare Unterstützung für die WasserschützerInnen und stellte auch den Bezug zur internationalen Klima-Debatte her: »Wir alle trinken Wasser und brauchen ein stabiles Klima. Wenn wir darüber nachdenken, ob wir derzeit wohl in der gefährlichsten Epoche der menschlichen Geschichte leben, können uns die Lektionen der Aktionen in Standing Rock weiterführen. Wenn wir die post-fossile Gesellschaft



▲ Was früher eine Zeitsense sind heute »Fake News«

Foto: Metropolico.org (flickr) CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)

erschaffen wollen, können wir diese Lektionen als Eckpfeiler (»cornerstones«) annehmen: Lektionen von Respekt und Gewaltlosigkeit, von der höheren Wertschätzung von Leben gegenüber derjenigen von Geld sowie vom Lernen von der indigenen Bevölkerung.«

Fakten überprüfen

Fabian Scheidler machte zuerst mit Hilfe eines Zitats des globalisierungskritischen Intellektuellen Prof. Noam Chomsky deutlich, welche vier Gründe am Niedergang des aufklärerischen Journalismus mitgewirkt hätten und weiterhin mitwirken. Diese Gründe seien als eine Art Filter wirksam, die ausführliche und Fakten überprüfende Recherchen behindern oder sie oft auch verunmöglichen. Sie würden sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern oft in Kombination miteinander vorkommen:

Erstens sei dies der Eigentumsfilter, wonach es eben schon eine Rolle spiele, dass alle großen deutschen Medienhäuser im Besitz von äußerst vermögenden Familien sind. Als zweiten Filter nennt er die existenzrelevanten AnzeigenkundenInnen, die oft 90 Prozent des Umsatzes eines Zeitungsverlags ausmachen. Drittens spiele die Frage, wo Informationen herkommen eine entscheidende Rolle für die Auswahl an Nachrichten und an Informationsquellen – beispielsweise was den Ukraine-Konflikt betrifft. Und als vierten Faktor nennt er die vorherrschende Ideologie in großen Zeitungsredaktionen, die es beispielsweise erkläre, warum fundierte Analysen der globalisierungskritischen Bewegungen kaum Widerhall finden in großen Tageszeitungen.

Scheidler kritisierte als Filmemacher insbesondere den Häppchencharakter vieler Nachrichtensendungen, in denen beispielsweise die Kurzmeldung über ein neues Aufflammen von Kampfhandlungen in der Ostukraine zusammenhanglos neben dem Kurzbericht zur Situation von geflüchteten Menschen in Deutschland stehe.

Diesem oberflächlichen Häppchen-Journalismus wolle er mit seinen Beiträgen auf »Kontext-TV« eine Form von ausführlichen und erklärenden Filmen entgegenstellen, die durchaus

auch mal langatmig sein können, aber dadurch eben Raum lassen würden, auch Hintergründe aufzuzeigen, damit der/die ZuschauerIn einen Konflikt verstehen könne. Dabei sei ihm wichtig, einerseits die Fakten sauber zu recherchieren und darzustellen und andererseits sein Streben nach einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung nicht außen vor zu lassen. In seinem aktuellen Buch »das Ende der Megamaschine« hatte Scheidler dessen Notwendigkeit ausführlich begründet.

Doppelrolle aushalten

Vom Moderator auf die Eingangsfrage der Diskussion angesprochen, wie denn die Doppelrolle eines AktivistInnen mit derjenigen eines BerichterstatteIn vereinbaren sei, antwortete ich mit dem Beispiel des in Stuttgart nach wie

vor Fronten bildenden Konflikts um das Immobilien- und Bahnprojekt Stuttgart21 (S21). Einerseits sind von JournalistInnen der großen Medienhäuser kaum kritische Töne zu hören. Kein Wunder, hatte doch der scheidende Redaktionsleiter der Stuttgarter Zeitung nachträglich eingeräumt, es sei wohl ein »Fehler gewesen, S21 zu StZ-21 zu machen.« An dieser Redaktionslinie hat sich in den letzten Jahren auch bei anderen großen Medien kaum etwas geändert, denn »die größte und dichteste Echokammer« sei der Journalismus, kommentierte dieser Tage der Medienwissenschaftler Norbert Bolz auf Telepolis seine Beobachtung, dass JournalistInnen oft »von Kollegen abschreiben und die Narrative der Politiker übernehmen.«

Andererseits gibt es Alternativen, denn es erscheinen regelmäßig projekt-kritische Beiträge in der »Kontext-Wochenzeitung« – nicht zu verwechseln mit Kontext-TV – sowie in Medien, die der Stuttgarter Bewegung nahestehen. Wer sich jedoch als Teil der Bewegung versteht und gleichzeitig Berichte oder Reportagen darüber verfasst, läuft Gefahr, von KollegInnen der etablierten Medien kaum mehr ernst genommen zu werden. Denn man habe ja den Grundsatz verletzt, »sich nicht mit einer Sache gemein« zu machen. Oder es läuft die staatliche Repressionsmaschinerie an, wie der Beitrag zu Cams21 auf Seite 10 dieser Ausgabe zeigt.

Angesichts des zunehmenden Vertrauensverlusts der Mainstream-Medien bieten sich jedoch Chancen, mit engagierten und eindeutig projekt-kritischen Beiträgen Gegenöffentlichkeit herzustellen und LeserInnen oder ZuschauerInnen zu gewinnen. Zumal die sehr fundiert arbeitende Fachgruppen der Widerstands-bewegung jede Menge belastbare Informationen zusammentragen. Daher gilt es, die Doppelrolle auszuhalten und sie gleichzeitig nachvollziehbar zu machen, denn je sauberer die Fakten recherchiert und die Informationsquellen transparent sind, desto glaubwürdiger können Beiträge für die LeserInnen wirken.

Weitere Infos

Die Transformations-tagung fand vom 24. bis 26. März mit internationalen Gästen aus sechs verschiedenen Ländern statt. Blogbeiträge der ReferentInnen sowie einige Diskussionsergebnisse sind auf der Website zu finden: www.transformationstagung.org Gastgeber der Tagung war das selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentrum Forum3 mitten im Stuttgarter Zentrum: www.forum3.de

Das »YES!-Magazine« erscheint werbefrei in gedruckter Form viermal pro Jahr, die Website wird täglich aktualisiert: www.yesmagazine.org

Kontext-TV (die anderen Nachrichten) wurde 2009 von Fabian Scheidler mitgegründet, sendet regelmäßig werbefrei über Internet und über nicht-kommerzielle Radio- und TV-Stationen und liefert Hintergrundinformationen zu drängenden Gegenwarts- und Zukunftsthemen wie Klimawandel, Krieg und Frieden, Finanzkrise, soziale Gerechtigkeit und Migration: www.kontext-tv.de

Das Buch »Das Ende der Megamaschine, Geschichte einer scheidenden Zivilisation« von Fabian Scheidler erschien 2015 im Promedia Verlag, 272 S., 19,90 Euro. www.megamaschine.org

ANZEIGE

BAYER-Aktien

in Aktion!

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.

Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@cbgnetwork.org

Ja, ich möchte mehr Informationen.

Ich besitze BAYER Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Ja, ich spende €

Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr

Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €

Bitte abbuchen: monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Name, Vorname: _____ Alter: _____ Beruf: _____

Strasse, Hausnr.: _____ PLZ, Ort: _____

eMail: _____ Telefon: _____

Geldinstitut: _____ Barmittelzahl Jahr, BEI: _____

Konto-Nr. bzw. IBAN: _____ Datum, Unterschrift: _____

www.cbgnetwork.org



STUTT GART: STAATLICHE REPRESSION GEGEN FREIE MEDIEN

Pressearbeit geht nicht vom Sofa aus

Am 20. Juni vor mehr als fünf Jahren liefen die Demonstranten gegen das Immobilien- und Bahnprojekt »Stuttgart21« auf ein abgesperrtes Gelände, das für die Bahnhofsbaustelle vorbereitet wurde. Mehrere Medien berichteten vor Ort über das Geschehen. Einzig die Reporter des unabhängigen Medienportals »cams21« sahen sich danach einer massiven staatlichen Verfolgung ausgesetzt. Die jahrelangen Verfahren mit aufgebauchten Vorwürfen gingen nun zu Ende oder wurden eingestellt. – Ein Rückblick, der die Notwendigkeit von freien Medien für eine unabhängige Berichterstattung verdeutlicht.

LOB UND ZWUCKELMANN, STUTT GART

Fünfeinhalb Jahre ist es nun her, dass die Demonstranten in Stuttgart nach einer ihrer Montagsdemonstrationen auf das Gelände des einstigen Zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB) in Stuttgart liefen. Wie stets auch begleitet von Reportern von cams21. Vieles wurde seither über diesen Tag geschrieben und vieles gesagt – aber außer Fakten haben wir von cams21 uns mit Berichten, Einschätzungen und Kommentaren sehr zurückgehalten. Das hatte rechtliche Gründe, denn gegen fast alle aktiven Mitglieder von cams21 wurde seit diesem Tag polizeilich ermittelt. Warum?

Nach den Erfahrungen vom 30.09.2010, dem Schwarzen Donnerstag, stand für fast alle unsere Reporter außer Frage, dass wir gerade an so einem Tag NICHT vor dem nicht mehr vorhandenen Zaun stehen bleiben können. Seit dem Schwarzen Donnerstag ist cams21 sich auf nahezu allen S21-Aktionen vor Ort, um sich selbst ein Bild machen zu können und dieses Bild möglichst via Livestream neutral, ungeschnitten und direkt ins Internet zu streamen und damit potenziell der ganzen Welt verfügbar zu machen. Wie auch Kollegen vom Südwestrundfunk (SWR), der lokalen Presse und freien Reportern diverser Presseagenturen gingen wir also mit auf das Gelände des ehemaligen ZOB. Wir verteilten uns auf dem gesamten Gebiet, um möglichst alle Bereiche dieser unübersichtlichen Lage einsehen und von überall berichten zu können.

Ungewöhnlicher Abbruch der Datenrate

Während des Demonstrationszuges war der Livestream ins Internet wie immer gut möglich. Doch als wir an den Bahnhof kamen und dann auf die Straße am Schlossgarten zum ZOB abogen, brach die Datenrate plötzlich so stark ein, so dass keinerlei Liveübertragung ins Internet mehr möglich war. Dieser massive Rückgang der Datenrate war äußerst ungewöhnlich und alarmierte diejenigen von uns, die es überhaupt bemerkten – es motivierte uns, nur umso näher am Geschehen zu bleiben und zu dokumentieren.

Wer erinnert sich nicht an die dreiste Pflastersteinlüge des damaligen Innenministers Heribert Rech zum Wasserwerfereinsatz am 30.09.2010? Einzig und allein weil es an diesem Schwarzen Donnerstag Livebilder von Smartphone-Nutzern aus dem Schlossgarten gab, konnte Marietta Slomka im Heute-Journal gegenüber Stefan Mappus (dem damaligen Ministerpräsidenten) klar stellen, dass keine Pflastersteine auf Polizisten geworfen worden waren. Die Geschichte eines wütenden, gewaltbereiten Blocks auf Seiten der Bürger lief ins Leere – und konnte nicht mehr als Begründung herhalten für den vollkommen überzogenen Polizeieinsatz.

Massive staatliche Verfolgung

Nur durch direkte, ungeschnittene Livebilder kann solchen Lügen vorgebeugt werden. Und

ANZEIGE

**graswurzel
revolution**

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



GWR 417/Libertäre Buchseiten
www.graswurzel.net/service



▲ Der Cams21-Livestreamer hat sich mit einfachen Mitteln einen guten Überblick über eine Montagsdemo gegen S21 am Stuttgarter Hauptbahnhof verschafft.

Foto: Schäferweltweit

genau das ist die Hauptmotivation für unsere Arbeit. Dass es genau an diesem Abend keinerlei Möglichkeit gab, unsere Bilder live ins Internet zu streamen, alarmierte uns nur umso mehr. Ob die gleich am nächsten Morgen kommunizierten, maßlos übertriebenen und erst über ein Jahr später deutlich relativierten Schadenssummen und die überdramatisierte Geschichte eines zivilen Polizeibeamten, der sich auf der Flucht vor einem wütenden Mob in Lebensgefahr befunden hätte (ein Video zeigt eben diesen Polizisten, nach dem er angeblich in Lebensgefahr gebracht wurde), überhaupt möglich gewesen wären, wenn wir live von diesem Abend hätten berichten können?

Im Gegensatz zu anderen Medienvertretern, die am Abend des 20.06.2011 vom ZOB berichteten, sahen wir uns in der Folge einer massiven staatlichen Verfolgung ausgesetzt. Bei den meisten von uns stand wenige Tage später die Polizei vor der Tür und durchsuchte unsere Wohnungen und nahm Computer und Festplatten mit. Darüber hinaus wurde wegen schweren Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Körperverletzung gegen uns ermittelt. Diese haltlosen Vorwürfe verwundern umso mehr, da wir bis dahin von der Polizei und den Einsatzleitern in den meisten Fällen als freie Reporter und als Presse akzeptiert und behandelt worden sind, auch wenn wir diese Arbeit nicht hauptberuflich ausüben. Die Polizei kennt uns und wusste, dass wir neutral dokumentieren und nie im Schutze des Pressestatus in irgendeiner Art selbst bei Aktionen aktiv geworden sind. Das war auch am 20.06.2011 nicht anders.

Die Verfahren und anhängigen Prozesse gegen die Mitglieder von cams21 schleppten sich dennoch teilweise bis ins Jahr 2016 hin. Und auch der Vorwurf des Landfriedensbruchs stand lange im Raum. Die Stadt Stuttgart hatte bis vor Beginn des Immobilienprojekts Stuttgart 21 einen funktionierenden zentralen Busbahnhof mit anschließendem Park mitten im Herzen der Stadt.

Heute ist das Gelände Teil der Bahnhofsbaustelle. Welcher »Landfrieden« soll hier von wem gebrochen worden sein? Nach deutschem Recht findet ein »Landfriedensbruch« dann statt, wenn schwere Sachbeschädigung oder mitgeführte Waffen oder Werkzeuge von einer Menschenmasse benutzt werden, um bewusst Gewalt gegen Menschen oder Sachen auszuüben. Aber weder gab es an jenem Abend wirklich schwere Sachbeschädigungen noch wurden Waffen mitgeführt, um Gewalt auszuüben. Cams21 war vor Ort, um zu berichten und zu dokumentieren – gerade auch, wenn es zu schweren Sachbeschädigungen oder zu Gewalt gekommen wäre. Die lange aufrechterhaltenen Vorwürfe und die über

Jahre verschleppten Ermittlungen und Verfahren können einem nur vollkommen übertrieben vorkommen. Mehr als bewusste Einschüchterung der Gegner und auch der Mitglieder von cams21 kann man dahinter nicht sehen.

Unterschiedliches Strafmaß

Heimlich, still und leise wurde die Drohkulisse des Landfriedensbruchs in den Verfahren immer häufiger aufgegeben. Uns ist kein Verfahren bekannt, in dem ein Demonstrant vom 20.06.2011 wegen Landfriedensbruchs verurteilt wurde. Die Schadenssumme wurde ebenso heimlich, still und leise immer weiter heruntergeschraubt, und der angeblich lebensbedrohlich verletzte Polizeibeamte lief bereits am selben Abend wieder recht munter umher und telefonierte. Das »schützenswerte Land« war daraufhin jahrelang eine verlassene Brache und ist mittlerweile ein sinnloses Milliardengrab. Im Gegensatz zu unseren Reportern wurden die Kollegen der »etablierten Medien« nicht verfolgt. Während die Polizei diese direkt um Herausgabe ihres Materials bat, war dieses Vorgehen bei uns offenbar nicht möglich (abgesehen davon war alles, was von uns dokumentiert wurde, wenige Tage später sowieso logischerweise bereits online).

Wir wurden nie gefragt, es wurden gleich Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen durchgeführt. Der Versuch, uns einzuschüchtern, war wohl wichtiger – genauso wie die Versuche, unser Material in Prozessen gegen langjährige Mitstreiter zu missbrauchen oder auch uns gegeneinander aufzubringen und auszuspielen. So wurden wir alle mit vollkommen unterschiedlichen Strafandrohungen belegt, obwohl allen dasselbe vorgeworfen wurde. Bei manchen standen Strafen von bis zu 9.000 Euro im Raum. Die Strafe der existenzbedrohenden 9.000 Euro wurde über mehrere Jahre aufrecht erhalten.

Dann kam ein Angebot zur Einstellung des Verfahrens gegen eine Zahlung von 450 Euro. Als dieses Angebot über viele weitere Monate nicht angenommen wurde, wurde das Verfahren schließlich unvorhergesehen gegen eine Geldauflage von 150 Euro eingestellt. Es bestünde kein öffentliches Interesse an der weiteren Verfolgung, war die lapidare Begründung. Ein Verfahren wurde bereits nach wenigen Monaten eingestellt, ein anderes Verfahren nun schließlich nach nahezu sechs Jahren. Beide ohne weitere Auflagen. Der nicht haltbare Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs wird also bei acht Personen, die sich alle gleich und alle gleich friedlich verhalten haben, vollkommen unterschiedlich weiterverfolgt und mit Strafen von 1.250 Euro bis zu 0 Euro beendet. Nach jahrelanger Ungewissheit, vielen Beratungsstunden mit Anwälten,

unzähligen Schriftsätzen zwischen Anwaltschaft, Staatsanwaltschaft und Gericht soll es nun also kein öffentliches Interesse mehr an diesen Fällen geben. Was war also der Sinn dieser ganzen aufgebauchten Ermittlungen und Verfahren?

» Freie Medien wichtiger denn je «

Der 30.09.2010 hat uns gezeigt, wie wichtig eine unabhängige, möglichst direkte und ungefilterte Berichterstattung ist. Genau dafür ist cams21 entstanden. Wir sind mittendrin statt nur dabei, denn unabhängige, ungeschnittene Berichterstattung geht nur aus der ersten Reihe. Auch wenn das nicht immer bequem ist. Cams21 lässt sich nicht einschüchtern, das lernten wir aus dem 20.06.2011. Weder von Privatpersonen noch von Organisationen oder von staatlichen Einrichtungen. Gerade deshalb sind freie Medien heute wichtiger denn je.

Denn auch heute noch werden Menschen dafür verfolgt, dass sie sich am 20.06.2011 gegen das sinnlose Milliardengrab Stuttgart 21 friedlich eingesetzt haben. Das »schützenswerte Land« gibt es längst nicht mehr. Um den Vorwurf des Landfriedensbruchs weiterhin aufrecht zu erhalten, müsste dieses Land erst wieder hergestellt werden. »Umstieg21« wäre der einzig noch sinnvolle Weg aus dieser politisch gewollten Sackgasse der systematischen Zerstörung einer lebenswerten Innenstadt und von wertvoller Infrastruktur.

Oben Bleiben – jetzt erst Recht.
cams21 – mittendrin statt nur dabei.

Cams21 - Verbund für freie Medien e.V.

cams21 ist eine Plattform für freie und unkommerzielle Berichterstattung. Das Team setzt sich aus ehrenamtlichen FilmernInnen, FotografInnen, BloggerInnen und RedakteurInnen zusammen. Schwerpunkt der Berichterstattung ist die Widerstandsbewegung gegen Stuttgart21, bspw. mit Videos der Montagsdemos.

Der nebenstehende Beitrag wurde erstmals veröffentlicht am 10. Januar 2017 auf Cams21. Vorspann und Zwischenüberschriften von Contraste. Weitere Bilder und das angesprochene Video auf: <http://cams21.de/pressearbeit-geht-nicht-vom-sofa-aus-der-20-06-2011-in-stuttgart/> Aktuelles Konzept für einen Ausweg aus der S21-Sackgasse: www.umstieg-21.de



POLARISIERUNG UND MANIPULATION IM MEDIENPOLITISCHEN DISKURS

Wie viel Politik steckt noch in politischen Debatten?

Populismus, Extremismus, Social Bots - politische Diskussionen haben sich drastisch verändert. Allgemeine Wertevorstellungen müssen reflektiert und neu entwickelt werden. Lasst uns undurchsichtigen Herangehensweisen entgegenwirken, um Politik objektiv darstellen und beurteilen zu können. Wir werden herausgefordert, der Verrohung politischer Kultur adäquat zu begegnen.

LEA BRUNN, BERLIN

September 2017, der Bundestag wird gewählt. Im Oktober 2016 gibt die AfD bekannt, als einzige Partei Social Bots im Wahlkampf einzusetzen. Wöchentlich wird darüber berichtet, neue Fake News und Social Bots werden aufgedeckt. Was bedeutet das für die Bevölkerung, was folgt daraus für Politik und Medien?

Social Bots sind automatisierte Meinungsroboter und verbreiten in den Sozialen Medien politische Aussagen. Es handelt sich um Algorithmen, die vorgeben, Menschen zu sein; sie haben ganz gewöhnliche Namen und Profilbilder mit Gesichtern. Mithilfe von Social Bots versuchen Politikmachende, uns zu manipulieren. Sie beeinflussen im täglichen Wettbewerb um Meinungsmache, besonders natürlich im Wahlkampf. Es ist nachvollziehbar, dass politische Interessensgruppen die sozialen Medien für sich nutzen. Allerdings werden über Roboter Inhalte der AfD geteilt und gewittert, die vorgeben, echte Meinungen zu sein. Die AfD profitiert offensichtlich davon, dass ihre Inhalte verbreitet werden, die Bevölkerung wird herausgefordert, wahr von falsch zu unterscheiden. Wir werden bewusst getäuscht.

Dieser Versuch, zu manipulieren ist in jeglicher Hinsicht problematisch; viele Medienschaffende plädieren somit dafür, grundsätzlich politische Statements zu hinterfragen, die auf sozialen Plattformen verbreitet werden. Denn dadurch, dass wir derart subtil beeinflusst werden, muss diese Art der Medienrezeption als gefährlich eingestuft werden, sagt auch Politikberater und Blogger Martin Fuchs. Denn mittlerweile kommen ca. 52 Prozent des weltweiten Traffic im Internet von Bots.

Diese politische Erscheinung ist eine Form des Populismus und kann nicht von der Hand gewiesen werden. Im ursprünglichen Sinne meint Populismus die Gegenüberstellung von »Volk« und »Elite« und bedeutet, dass die Meinung des Volkes durch die Elite wiedergegeben wird. Gerade am Beispiel der AfD ist aber



▲ In der bildlichen Darstellung sind Bots hübsch anzusehen, dabei sind sie brandgefährlich

Foto: Privat

zu sehen, dass die Aussagen nicht gleich sind mit denen des Volkes, da es sich um Roboter handelt, die diese von sich geben. Dadurch, dass Social Bots nicht offensichtlich erkennbar sind, bleibt somit auch der wahre Diskurs aus. Populismus wird neu erfunden. Im Zuge des Wahlkampfes rücken so Populismus und Social Bots zunehmend ins Zentrum politischer Diskussionen.

Nun müssen diejenigen, die Täuschungen erkennen und diskutieren wollen, die anderen

aufklären; hier kann verschieden vorgegangen werden. Martin Fuchs fordert, dass sensibilisiert wird. Eine Sensibilisierung, um der Manipulation zuvorzukommen, damit die Demokratie nicht angegriffen wird. Die Politik muss offensiv mit diesem Phänomen umgehen, damit die Menschen lernen, stärker zu differenzieren.

Medienschaffende sind damit beauftragt, Sprachrohr für beide Seiten zu sein, objektiv zu vermitteln. Medienkritik ist hier ebenfalls ein Schlagwort; Autorin Amna Franzke plädiert

dafür, politische Aussagen kritischer zu hinterfragen. Lorenz Matzat, Datenjournalist und Unternehmer, schlägt einen anderen Weg ein: Er spricht dagegen, sich auf Fake News zu fokussieren und will stattdessen objektive journalistische Standards entwickeln.

Die LiMA 17 hat sich zum Ziel gesetzt, Erscheinungen wie Populismus und Polarisierung, Social Bots und Fake News zu thematisieren, reflektieren und die richtigen Werkzeuge an Medienschaffende weiterzugeben, um den politischen Diskurs wieder auf eine objektive Ebene zu bringen. Unter dem Titel »Polarisierung« werden fünf Tage weitergebildet, debattiert und konstruktiv miteinander gearbeitet, um Medienschaffenden sowohl inhaltliche als auch instrumentelle Mittel zu reichen. Martin Fuchs, Amna Franzke und Lorenz Matzat werden in diesem Rahmen die Fragestellung »Post*fck – Steuern Bots unsere Meinungen?« erörtern und so der politischen Diskussionskultur eine neue Plattform bieten.

Ziel der Konferenz ist es, medienwirksame Politik zu hinterfragen und aktuelle Entwicklungen reflektiert zu diskutieren. Damit Social Bots keinen Erfolg haben.

Linke Medienakademie (LiMA)

Der Linke Medienakademie e.V. ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Bildungsverein. In mehreren Bundesländern werden regelmäßig Kurse für Medienkompetenz, journalistische Projekte sowie PR- und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit Partnern wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bremer Rosa-Luxemburg-Initiative, dem Verein Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur aus Berlin, mit dem Verein Neue Medienmacher und anderen Partnern veranstaltet.

Höhepunkt der Bildungsarbeit des Vereins sind die jährlichen zentralen Akademien für linke Medienschaffende, von denen die erste traditionell im Frühjahr in Berlin stattfindet. Die LiMA-Kongresse sind für Medienschaffende und -nutzende gedacht, die Medien kritisch produzieren und rezipieren.

Vom 2. bis 6. April findet die diesjährige LiMA in Berlin am Franz-Mehring-Platz 1 statt, weitere Infos zur Veranstaltung sind hier zu finden: <http://www.linkemedienakademie.de/programm-der-liima17/>.

IM TREND: KONSTRUKTIVER JOURNALISMUS

Nur gute Nachrichten?

In der harten Konkurrenz um Aufmerksamkeit gelten schlechte Nachrichten von Skandalen, Katastrophen und Kriegen als recht sicheres Mittel - je lauter und drastischer, desto wirksamer. Seit ein paar Jahren gibt es jedoch auch einen gegenläufigen Trend.

ELISABETH VOß, BERLIN

Der Chefredakteur des dänischen Rundfunks, Ulrik Haagerup, geht davon aus, dass immer mehr Leser*innen der schlechten Nachrichten überdrüssig sind, dass sie nicht mehr täglich mit Schreckensmeldungen über das Elend der Welt zugeschüttet werden wollen, sondern dass sie Hoffnung schöpfen und sich freuen möchten über das, was gelingt. Sein viel diskutiertes Buch »Constructive News: Warum 'bad news' die Medien zerstören und wie Journalisten mit einem völlig neuen Ansatz wieder Menschen berühren« wurde in mehrere Sprachen übersetzt, auf deutsch erschien es 2015.

Unter Bezeichnungen wie »konstruktiver« oder »lösungsorientierter Journalismus« entstehen in verschiedenen Ländern neue Medienprojekte. In Frankreich berichten seit 2012 die »Sparknews« über Lösungen gesellschaftlicher Fragen und Projekte mit sozialem oder ökologischem »Impact«. Es geht um konkrete Wirkungen, um gesellschaftlichen Einfluss – vermutlich messbar und vergleichbar (in Deutschland pusht die Bertelsmann-Stiftung dieses Feld der

Konkurrenz-Techniken). Finanziert wird Sparknews unter anderem von dem Wasserkonzern Veolia. Das »Solutions Journalism Network« in den USA wurde 2013 unter anderem von der »Bill & Melinda Gates Foundation« gegründet.

»Erlösungsjournalismus« nennt es die Journalistin Kathrin Hartmann: »Diese Antiaufklärung ist das Gegenteil von Journalismus. In Zeiten, in denen immer mehr Konzerne ihr Kerngeschäft hinter einem grünen und sozialen Deckmantelchen zu verbergen suchen, müssen 'Lösungen' sogar noch kritischer hinterfragt werden.« (Message 1-2014).

Im Interview mit der Huffington Post betont jedoch der Journalist Michael Gleich: »Kritisches Denken gilt auch für konstruktiven Journalismus. Denn wenn wir über Lösungen berichten, müssen wir genau hinschauen: Ist der Vorschlag wirklich eine Lösung? Welche Auswirkungen hat eine innovative Idee? Welche Risiken gibt es?« (18.08.2016). Die von ihm mit gegründete »Culture Counts Foundation« führt unter anderem friedensjournalistische Projekte und Recherchen zu Ökodörfern durch.

Sehnsucht nach dem Guten und Schönen?

Der boomende Markt für Zeitungen über das Landleben kann als Gradmesser für die Sehnsucht nach einer heilen Welt gedeutet werden. Gleichzeitig weist der DIY-Trend (Do It Yourself) darauf hin, dass immer mehr Menschen die

Welt nicht mehr hinnehmen, sondern verändern wollen, und sei es nur im Kleinen. Magazine wie »Oya – anders denken. anders leben« oder das Social-Business-Magazin »enorm« mit dem neuen Untertitel »Zukunft fängt bei Dir an« kommen diesem Bedürfnis entgegen.

Seit 2013 veröffentlichen Zeitungen aus aller Welt an einem Tag im Juni, dem »Impact Journalism Day«, gute Nachrichten zur Weltverbesserung – koordiniert durch Sparknews. Aus Deutschland war 2013 die taz mit »15 Ideen für eine bessere Welt« dabei, 2017 wird es »Die Welt« sein. Auch die Ausgabe »taz zum Wandel« im September 2015 zum Solidarische-Ökonomie-Kongress Solikon in Berlin zeigte positive Beispiele und Lösungen aus Sicht der bunt gemischten externen Redaktionsgruppe und der Autor*innen.

Es gibt nicht »den« konstruktiven Journalismus, sondern eine Vielfalt von Herangehensweisen an Alternativen, von platter PR bis zu kritischer Recherche und Reflexion. Auch die Beiträge hier in Contraste bewegen sich zwischen diesen Polen, sind jedoch eingebettet in ein Umfeld, das ebenso Gesellschaftskritik und politischen Widerstand thematisiert.

Mal schnell die Welt retten?

Die Online-Plattform »Perspective Daily« behauptet von sich, »das erste konstruktive, lösungsorientierte und werbefreie Online-Medi-

um in Deutschland« zu sein. Nach einer Crowdfunding-Kampagne wird seit Juni 2016 täglich ein neuer Artikel veröffentlicht. Perspective Daily wird nach eigenen Angaben von mehr als 14.000 Mitgliedern finanziert, die jährlich 60 Euro bezahlen.

Einzelne Artikel werden verschenkt, so zum Beispiel ein Beitrag der Projekt-Mitgründerin Maren Urner vom 7. Februar 2017: »Unser erfolgreichster Artikel im Februar. Er zeigt dir, wie du ganz schnell und einfach bei der Weltrettung helfen kannst (und außerdem viel Leid verhinderst).« Die Lösung: Ein Foto von einem veganen Burger mit der Artikelüberschrift »So sieht das Menü zur Weltrettung aus«. Zwar enthält der folgende Text einige Informationen, jedoch trägt allein die Behauptung der Möglichkeit einer schnellen und einfachen Weltrettung weder zur Glaubwürdigkeit des Mediums noch zur politischen Bewusstseinsbildung bei.

Lautes Hurra-Rufen mag dem zunehmenden Gefühl von Überforderung und dem Wunsch nach einfachen Antworten in einer immer komplexeren Welt entgegen kommen. Aber ist es nicht auch ein Zeichen von Wertschätzung und Respekt gegenüber den vielen Ansätzen konstruktiver Alternativen, genau und kritisch hinzuschauen, die Widersprüche und Ambivalenzen zu benennen, die dem Realen innewohnen, statt mit oberflächlichen Heilerwartungen darüber hinweg zu gehen?



HALLE: KONGRESS UND INTERNATIONALES RADIOKUNSTFESTIVAL »RADIO REVOLTEN«

Vom Potenzial der unsichtbaren Wellen

Einem Monat lang rückten die »verehrten Unsichtbaren« in Halle (Saale) in die öffentliche Wahrnehmung. Das Radiokunst-Festival »Radio Revolten« bot eine umfassende, künstlerische Auseinandersetzung für Hörer*innen und Macher*innen mit dem Medium Radio. Im Rahmen des Festivals kamen etwa 120 Radioaktivist*innen zum Kongress des Bundesverbands Freier Radios (BFR).

ALEX KÖRNER, HALLE UND PETER STREIFF, STUTTGART (RED.)

Am 30. Oktober 2016 um 23:59 Uhr ging mit der Abschaltung der eigens für das Radio Revolten-Festival betriebenen Frequenzen (UKW 99,3 & MW 1575) das von Radio CORAX organisierte internationale Radiokunst-Festival Radio Revolten in Halle (Saale) zu Ende. Es war die erste umfassende Werkschau der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Medium Radio. An 30 Festivals gab es zahlreiche Uraufführungen – angekündigte und spontane, 720 Stunden originäres Radio(kunst)programm auf einer eigenen Frequenz, eine historische und eine zeitgenössische Ausstellung, 17 Installationen sowie gut 50 Performances und Interventionen im Stadtraum. Über 70 eingeladene Radiokünstler*innen haben alternative Radiopraktiken ausprobiert und stießen dabei auf ein ungewöhnlich großes Interesse.

Im Rahmen des Radio Revolten-Festivals kamen zudem etwa 120 Radioaktivist*innen zum Kongress des Bundesverbands Freier Radios (BFR) nach Halle, um sich über Medienpolitik und Medienpraxis auszutauschen. Während des Festivals kam die europäische Sektion des Weltverbands der Community-Radios AMARC Europe zu Ihrer Vollversammlung zusammen. Auf dieser wurden drei Aktive aus BFR-Radios in den neuen Vorstand gewählt: Xenia Helms vom PiRadio aus Berlin vertritt das Europe Women Network, Chris Wohlwill von der Wüsten Welle aus Tübingen wurde als stellvertretender Präsident gewählt. Neuer Präsident von AMARC Europe ist Michael Nicolai von Radio CORAX.

Gestartet wurden die Radio Revolten mit dem



▲ Ungewöhnliche Töne, transportiert von unsichtbaren Radiowellen erklingen öffentlich aus Radiogeräten in den Äther der Stadt Halle.

Foto: www.marcus-andreas-mohr.de

Slogan »FM for Culture«, einer Forderung, die auf die drohende Verwaisung der UKW-Frequenzen hinweist und auf das künstlerische Potential, das in der Nutzung von Radiofrequenzen liegt. Während des Festivals haben die eingeladenen Radiokünstler*innen begonnen, ein Radio-Manifest (vgl. den folgenden Beitrag) zu formulieren, das diesen Anspruch auf UKW erhebt. »Wir zeigen, dass Service und Unterhaltung nicht alles sind. Zusammen mit den Radiokünstler*innen des Festivals haben wir nach den verschütteten Potenzialen des Mediums, künstlerisch und gesellschaftlich emanzipatorischen Ansätzen gesucht, um Radio tatsächlich in Beschlag zu nehmen«, so Ralf Wendt, einer der Kurator*innen des Festivals.

Unterstützung für die Redaktionen der Geflüchteten

Im letzten Jahr gründeten sich in mehreren Freien Radios Redaktionen von nach Deutschland geflüchteten Menschen. Ziel dieser Redaktionen ist es, die Informationszugänge für Geflüchtete zu verbessern und eine Brücke zu den deutschen Hörer*innen zu schlagen. Im Rahmen des BFR-Kongress' 2016 initiierten diese Redaktionen erstmals einen überregionalen Austausch, der beim kommenden Radio-Camp im Mai in Markelfingen (BW) fortgesetzt werden soll.

Viele der geflüchteten Menschen befinden sich noch im Asylverfahren und/oder verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um ihre Teilnahme am Radiocamp selbst finanzieren zu können. Deshalb haben die Organisator*innen des Radiocamps eine Spendenkampagne gestartet, um die anfallenden Kosten für Unterbringung, Verpflegung, Reisekosten und Übersetzungsleistungen für sie übernehmen zu können.

Weiterführende Infos:

www.freie-radios.de (mit Link zur Spendenkampagne)

www.radiorevolten.net (mit umfangreichen Dokumentationen in Ton, Bild und Text)

www.community-media.net

www.radiocorax.de

VON »RADIOKUNST« UND »FM FOR CULTURE«

Das Festival Radio Revolten veröffentlicht ein »Pre-Manifest«

Im Rahmen des Festivals »Radio Revolten« entstand auch ein erstes Manifest der Radiokunst. Es ist kein gemeinsamer Text sondern – wie in Freien Radios üblich – ein buntes Gemisch unterschiedlicher Stimmen und Klänge entstanden, verfasst von verschiedenen Festival-TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Ländern. Eine Auswahl

Gregory Whitehead (USA):

»Stellen wir uns vor und erschaffen dann eine Radiokunst, die ohne Angst hinabsteigt, in die innere und die äußere Dunkelheit. Stellen wir uns vor und erschaffen dann eine Radiokunst, die den Zuhörer einlädt, sich inmitten von Unordnung und Verfall zu Hause zu fühlen.

Stellen wir uns vor und erschaffen dann eine Radiokunst, die das Ethos der freien Assoziation umarmt.

Stellen wir uns vor und erschaffen dann eine Radiokunst, die all den glitzernden Palästen des Egos ein kaltes Ohr zeigt.

Stellen wir uns vor und erschaffen dann eine Radiokunst, die einer abgestumpften Gesellschaft ihre lebendige Vorstellungskraft zurückgibt.

Stellen wir uns vor und erschaffen dann eine Radiokunst, die in der Revolte die Liebende findet und ihr Flügel verleiht.«

Ilia Rogatchevski & Laura Michelle Smith (RU/GB):

»Ein utopisches Ideal wäre, wenn jede Person wüsste, wie man ein Radio baut und wie man damit sendet und empfängt. Ein utopisches Ideal wäre, dass Kommunikation demokratisiert würde und es nicht länger nötig ist, zentralisierte kommerzielle Medien als Verbreitungsnetzwerke zu benutzen.«

Ralf Wendt (DE): »Lasst uns das Radio zurück

in die Dunkelheit führen. Wenn es eine öffentliche Tür ins wunderbare, reiche Chaos der Welt gibt, dann ist es diese. Nur in diesem Labyrinth gestöhnter Andeutungen und geschriener impulsiver Forderung ist eine lebenswerte Welt zu ahnen.«

Ivor Kallin (GB): »Hin zu einem freien Radio: Den materialistischen Wettkampf herausfordern: die Geräusche machen, die die blasierte Selbstgefälligkeit unserer toxischen Gesellschaften anfechten und untergraben: kreative Interventionen fördern, auf die Möglichkeit einer anderen Lebensweise zu, jenseits der Tyrannei und der Schinderei: Ein lebensbejahendes Medium, das nicht-vereinnahmte nicht-kommodifizierte Energie feiert: Verdammte wunderbare Musik, die sonst keiner spielt: ein radikales Denken, das mehr radikales Denken inspiriert.«

Hartmut Geerken (DE): »manifesto für eine revolte weg mit dem unerträglichen deutschen radiosprachschatz. freier blick in die buchstabensuppe. weg mit dieser kacklinearität.

[...] auch die linke literatur ist auf dem holzweg. sie bietet, wie überall, wo deutsch gesprochen wird, läppische handlungsreiche geschichten, dabei kommt es doch auf die sprache an, geschrieben oder gesprochen, gelesen oder gehört. erst die arbeit an der sprache ist politisch, nicht aber die thematik, & mitunter erweist sich ein satz, der als nebensache in einem system auftaucht, unversehens als die zentrale hauptsache.

[...] fast täglich leide ich an sprachlosigkeit & wende mich den geräuschen zu & den vorfeldern der sprache. ich habe den eindruck, es wird immer schlimmer.«

Sarah Washington (GB): »Radio lies in the path of an oncoming juggernaut. It hears the rumble

and decides to jump aboard for a thrill ride. It wants to play with its many friends across the universe and participate in eternity.

Radio likes to invite asteroids to party and dances in the whooshes of their tails. It has the world at its toes and stars twinkling at its elbows. Its hands uphold the mystery of mother nature. A rainbow of sparks chases around its head. Its breath is alive, teeming with myriad organisms and artefacts. Air dashes through its body like lightning. Radio is unbroken. Its heart generates a transgressive force which seeks out matching powers. Radio is here to help us understand our transmissions. It wants us to come to know what we are, to show how much of everything it is.«

Ed Baxter (GB): »Bitte nie um Verzeihung, erkläre dich nie. Ein merkwürdiger Tipp von vielen, die mir Nicolas Collins gab, der auch feststellte, dass Platten im Nebenraum besser klingen. Wo klingt Radio besser? In der nächsten Stadt? Oder ist das Radio selbst einer dieser ‚Nebenräume‘?«

Julia Drouhin (FR): »Radio kann ein Transmissions-Gefäß sein für unzensurierten Inhalt oder ein Musikinstrument, um öffentliche Räume in Besitz zu nehmen und Funk-Versammlungsplätze zu schaffen (to create agoradios).«

Rodolpho Bertolini Junior von XTO (BR): »Durch Bildung die Menschen dazu zu bringen, nicht der Werbung zuzuhören – das ist die Utopie.«

Ole Frahm (DE): »Die Zukunft des Radios ist schmutzig. [...] In bestimmter Hinsicht würden wir uns gern das Radio als etwas vorstellen, das der digitalen Präzision entkommt, eine andere Organisation jenseits kybernetischer Rückkopplungsschleifen, etwas, das man nicht mit Algo-

rithmen berechnen kann. Diese Hoffnung für die Zukunft des Radios hat nichts mit Nostalgie zu tun, sondern mit dem modernen Erbe des Radios und seinem unerfüllten, schmutzigen Traum.«

Rochus Aust (DE): »So wie mein Bruder Markus von der Schenkung schwarzer Fernsehminuten träumt, wünsche ich mir Radio-Sendungen, in denen Stille gesendet wird. Das kann echte Stille aus verschiedenen Orten sein oder auch künstliches Nichts, dem man ggf. von Zeit zu Zeit den Zusatz einflüstert: ‚Sie hören Nichts‘.«

Emmanuel Madan (CA): »Wie kann Radio damit aufhören Fragen zu beantworten, wie kann Radio stattdessen unsere Antworten in Frage stellen, unsere Zufriedenheit durcheinander bringen?«

Marold Langer-Philippson (DE): »[Es gilt] die üblichen Weisen Radio zu machen – Sprechweisen, Moderation, Umgang mit Zeit und Dauer u.a. – einem kompletten Reset zu unterziehen.«

Alessandro Bosetti (IT): »Für mich hat Radio etwas mit Intimität und Distanz zur selben Zeit zu tun. Es reißt die grundlegenden Unterschiede zwischen beiden nieder.«

Felix Kubin (DE): »Die Magie des Radios ist seine Körperlosigkeit und Unsichtbarkeit. [...] Radio ist Öffentlichkeit. Darum darf es sich nie am Massengeschmack orientieren. [...] Radio muss erziehen. Auch zum Unsinn. [...] Verkaufszahlen und Einschaltquoten haben nichts mit Qualität zu tun. Qualität ist älter als seine Verpackung.«

Info: Das Manifest als Ganzes: http://radiorevolten.net/wp-content/uploads/2016/09/2016-09-22_pre-manifest_komplett.pdf

ENERGIEWENDE

Werden Wind und Sonne es richten?

Niko Paech ist einer der schärfsten Wachstumskritiker im Land. In dem kürzlich erschienenen Sammelband »Geopferte Landschaften: Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört« hat der Ökonomeprofessor einen Beitrag veröffentlicht, in dem er die Energiewende einen Mythos nennt, einen »geplatzten Traum vom rückstandslosen, grünen Wachstum«.

MATTHIAS BAUER, BERLIN

Herr Paech, was ist so schlecht an der deutschen Energiewende? Hat sie nicht einen weltweiten Wettlauf raus aus den fossilen Energien ausgelöst?

Die deutsche Energiewende umfasst ausschließlich den Einsatz erneuerbarer Energieträger im Elektrizitätsbereich. Für die meisten Klimaprobleme existieren aber gar keine praktikablen technischen Lösungen auf Basis der erneuerbaren Energien. Außerdem erweist es sich als realitätsfern oder gar unmöglich, alle energieintensiven Bereiche zu elektrifizieren. Denken wir an Flugreisen, Pkws, Gütertransporte per Lkw, an Schiffe, Heizenergie in Gebäuden, Prozesswärme im Produktionsbereich oder an die immensen Energieverbräuche der industriellen Landwirtschaft. Und nicht zuletzt an die »graue Energie«, die in die globalisierte Herstellung jener Güter einfließt, die wir in den europäischen Konsumgesellschaften mit steigender Tendenz nachfragen.

Von all diesen Problemen lenkt die deutsche Energiewende ab. Das führt zu einer symbolischen Kompensation und Gewissensberuhigung. Indem die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung an technische Innovationen delegiert wird, entsteht ein Alibi für Lernverweigerung - nach dem Motto: »Wind und Sonne werden es schon richten. Über Urlaubsreisen und Konsumgewohnheiten muss dann zum Glück nicht mehr gesprochen werden.«

Weiterhin sind die Probleme der schwankenden Stromproduktion aus Wind und Sonne sowie der fehlenden Übertragungsnetze auf absehbare Zeit völlig ungelöst, und zwar sowohl ökologisch als auch ökonomisch.

Vor allem aber beruht die Energiewende auf einer mehrfachen Problemverlagerung. Klimaschutz wird gegen Naturschutz ausgespielt. Auch erneuerbare Energieträger sind niemals zum ökologischen Nulltarif zu haben. Das betrifft nicht nur die Industrialisierung der letzten Landschaften, sondern auch die Ressourcen, die zur Produktion der Anlagen und der zugehörigen Infrastrukturen nötig sind, denken wir an Metalle wie Kupfer und Stahl, aber auch an Neodym, Kunststoffe, Beton und so weiter.

An welcher Stelle haben die Vordenker einer dezentralen, bürgernahen Energiewende wie Hermann Scheer sich Ihrer Ansicht nach geirrt?

Hermann Scheer war ein aufrichtiger und kritischer Politiker, der uns schmerzlich fehlt. Aber seine Fortschrittsgläubigkeit und seine Weigerung, unser Wohlstandsmodell dort anzugreifen, wo es nötig wäre, habe ich nie geteilt. Seine Vision einer solaren Weltwirtschaft beruht auf einer massiven Überschätzung der Technik.

Machen wir uns klar: Der Beitrag der Photovoltaik zur Primärenergieversorgung in Deutschland beläuft sich auf etwa ein Prozent, der Anteil der Solarthermie auf etwa 0,2 Prozent. Und das, obwohl die Solarenergie mit der finanziellen Brechstange gefördert wurde und viele Photovoltaik-Freiflächenanlagen projektiert wurden. Es kann keine Lösung sein, die eine



▲ Die genossenschaftliche Solaranlage auf einer Erdeponie in Kirchartd versorgt etwa 950 Haushalte mit Solarstrom. Foto: Bürgerwerke eG

Technikgläubigkeit einfach gegen eine vermeintlich bessere Technikgläubigkeit auszutauschen.

Läuft eine radikale Kritik an der Energiewende angesichts der realen Verhältnisse nicht Gefahr, das Geschäft der Stromkonzerne und der Weiter-so-Fraktion zu betreiben und am Ende »ohne alles« dazustehen? Muss es einem nicht zu denken geben, wenn Atomkraftbefürworter und Klimawandelleugner ein Buch wie »Geopferte Landschaften« loben?

Erstens, je radikaler die fast schon religiöse Züge annehmende Technikgläubigkeit ist, desto radikaler ist logischerweise auch die Kritik, die sie herausfordert. Zweitens - und hier kann

wäre ökologisch verantwortbar - aber ganz bestimmt nicht vereinbar mit dem derzeitigen Wohlstandsmodell. Das ist die unbequeme Wahrheit, um die sich die Vordenker der Energiewende drücken.

Jenen, die der billigen Polemik der Atom- und Kohlebefürworter auf den Leim gehen, kann ich nicht damit helfen, dass ich ihnen eine Energiewende verspreche, die definitiv keine Lösung sein kann. Der Atom- und Kohleausstieg war und ist absolut notwendig - übrigens genauso der Ausstieg aus dem Flugreisen-Hedonismus, was in heuchlerischer Weise zumeist unterschlagen wird.

Wer den Kritikern der Energiewende vorwirft, sie würden der Atom- und

gewende. Böse gesagt: Hier schreiben ältere Herren über ihre Befindlichkeiten und haben entweder gar keine Alternativen anzubieten oder verlangen die nötigen Einschränkungen von den anderen. Fühlen Sie sich wohl als Mitautor in einem Sammelband, der Windräder und Solaranlagen verdammt, aber Tagebau im Rheinland und in Kolumbien ebenso hinnimmt wie Autobahnen und Zersiedlung? Brauchen wir nicht eher eine progressive, linke, ökologische Energiewende-Kritik, die außerdem über den europäischen Tellerrand schaut?

Selbstverständlich brauchen wir eine Energiewende-Kritik im globalen Maßstab, und alle, die sich für progressiv, links und ökologisch halten, sind aufgerufen, sich einzubringen. Aber dass Sie demgegenüber die Kritik der Autoren von »Geopferte Landschaften« diskreditieren, verrät nur einen ideologischen Vorbehalt und ist ansonsten unsachlich.

Wie kommen Sie außerdem darauf, dass die Autoren Kohle-Tagebau und Autobahnen hinnehmen würden, nur weil dies nicht das Thema des Buches war? Derartige Scheuflüchtheiten sind die logische Konsequenz eines Wohlstandsmodells, das durch die Energiewende gerade nicht in Frage gestellt, sondern mit ökologischem Anstrich gerettet werden soll. Und solange die Energiewende nicht funktioniert, wird das Wohlstandsversprechen auf dem Rücken der Ökosphäre ausgetragen.

Noch ein Wort zur angeblich »regionalbezogenen« Kritik: Wenn Ökostrom-Anlagen ökologisch, gesundheitlich und ästhetisch so unbedenklich sind, warum werden sie dann nicht in den Städten oder wenigstens an den Stadträndern platziert? Stattdessen wird ein neuer sozialer Konflikt geschürt: Urbane Mittelschichten ernten die Früchte der Energiewende in Form von Ökostrom und einem grünen Gewissen. Die Folgen werden frei nach dem Motto »aus den Augen, aus dem Sinn« auf die Landschaften und die Menschen in der Region abgewälzt.

Wollen Sie zurück zu einem vorindustriellen Zustand, der weder gerecht noch demokratisch war und den es schon allein aus Mangel an Fläche nicht mehr geben kann?

Die von mir in die Diskussion eingebrachte Postwachstumsökonomie sieht einen prägnanten Rückbau der Industrierversorgung vor, aber eben nie und

nimmer deren vollständige Abschaffung. Durch regional- und lokalwirtschaftliche Leistungen soll die verringerte Industrieproduktion ergänzt und sowohl intensiver als auch länger genutzt werden. Dies hier näher auszuführen würde den Rahmen sprengen.

Abgesehen davon, dass das keine Rückkehr ins Mittelalter bedeutet, bin ich nicht Ihrer Auffassung, dass das heutige Industriesystem besonders gerecht und demokratisch sei oder mit einer effizienten Flächennutzung einherginge. Ich behaupte das glatte Gegenteil.

Sie sitzen im Aufsichtsrat der Oldenburger Energiegenossenschaft Olegeno, die Strom aus Windrädern, Photovoltaik und Wasserkraft anbietet. Was ist dort anders als bei den Strukturen, die Sie kritisieren?

Ich bin nicht gegen die Nutzung erneuerbarer Energien, wohl aber gegen deren weiteren Ausbau zu Lasten der letzten noch verbliebenen Landschaften und als Teil einer grünen Wachstumsstrategie. Olegeno projiziert Vorhaben, die darauf beruhen, Photovoltaik-Anlagen auf Dächern zu installieren. Außerdem werden Projekte anvisiert, die darauf zielen, Energie zu sparen statt zu produzieren.

Zuerst erschienen in: Der Rabe Ralf, Februar/März 2017

ANZEIGEN

iz3w

Rechtspopulismus – Rebellion der autoritären Charaktere

Außerdem: EU gegen Geflüchtete | Debatte um Wachstumskritik | Gedenken an »Trostfrauen«

52 Seiten, € 5,30

www.iz3w.org

Feminismus?

Drei aktuelle Beiträge:

Rosa Luxemburg und der Feminismus

Das Problem der Gleichheit in der Geschlechterfrage

Rosa Luxemburg und »bürgerliche Werte«

Kontroversen!

GID

Zeitschrift mit Informationen und Kritik zu Gentechnik und Biopolitik

GID 240 Titelthema: G-BA und Bluttest

EINE STUFE WEITER

Vorgeburtliche Bluttests sollen in der Regelmessung von Schwangeren aufgenommen werden, obwohl deren Auswirkungen erst ansatzweise diskutiert sind ...

Jetzt bestellen! • GID 240 • 46 Seiten • 8,50 €

www.gen-ethisches-netzwerk.de

030/685 7073 • gen@gen-ethisches-netzwerk.de



Foto: Thomas Wensing https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/

ich nur für mich sprechen -, was soll radikal daran sein, den Ausbau der erneuerbaren Energien eben nur im Rahmen ökologischer Grenzen zuzulassen?

Wind- und Solaranlagen sind derzeit die beste Technologie, über die wir verfügen, aber damit wird das Wachstumsproblem einer aus dem Ruder gelaufenen Konsum- und Mobilitätsgesellschaft nicht einmal ansatzweise gelöst, sondern es kann sogar verschleppt werden. Erneuerbare-Energie-Anlagen gehören nicht in die Landschaften, sondern ausschließlich auf Industriebrachen, stillgelegte Flughäfen und stillgelegte Autobahnen oder auf Gebäudedächer. Die auf diese Weise mögliche Energieproduktion

Kohlelobby Argumente zuzuspielen, zeigt, wessen schlicht gezimmerten Geistes Kind er oder sie ist: Nämlich nicht wahrhaben zu wollen, dass es erstens kein Menschenrecht auf jedes beliebige Energieversorgungs-niveau geben kann, und zweitens zu leugnen, dass immer ein dritter Weg zwischen den beiden gescheiterten technologischen Dogmen existiert, nämlich unser Wohlstandsmodell auf Basis einer »Postwachstumsstrategie« so weit zurückzubauen, dass die dann noch benötigte Energie ökologisch verträglich bereitgestellt werden kann.

Das Buch ist in weiten Teilen eine konservative, naturschützerische, regionalbezogene Kritik an der Ener-

DRAMA ÜBER SCHWARZE PÄDAGOGIK IM EVANGELISCHEN KINDERHEIM

» Endstation Freistatt «

Kinder und Jugendliche erwartet in geschlossenen Heimen ein System von Zwangsarbeit, willkürlichen, erniedrigenden Strafen und in kirchlichen Einrichtungen wie der »Anstalt Freistatt« auch Beten. Dort wurde bis Ende der 1970er Jahre mit schwarzer Pädagogik ihr Wille und ihre Persönlichkeit gebrochen, wie der Spielfilm »Freistatt« zeigt, der in einem früheren Gebäude der »Anstalt Freistatt« und dem umliegenden Wietingsmoor bei Diepholz gedreht wurde und jetzt auf DVD erhältlich ist.

GASTON KIRSCHKE, HAMBURG

In faktisch geschlossenen Heimen kommt es immer noch zu Willkür, Erniedrigung und schwarzer Pädagogik. Im Juni 2015 wurde deswegen nach Enthüllungen und Berichten eine Jugendhilfeeinrichtung des Trägers »Friesenhof« im Kreis Dithmarschen geschlossen. Um den Film »Freistatt« sehen zu dürfen, sollen Kinder mindestens 12 Jahre alt sein. Viele der in Heimen untergebrachten Kinder sind jünger. Damals in Freistatt waren Jungen zwischen 14 und 21 eingesperrt.

Die entwendete Tomate

Aus seiner blutenden Hand gibt der 14-jährige Wolfgang (Louis Hoffmann) dem etwa 20-jährigen Bernd (Enno Trebs) eine Tomate, die er aus dem privaten Gemüsegarten des »Oberbruders« Brockmann (Alexander Held) entwendet hat. Gespannt hatten die anderen Zöglinge, wie die in der »Anstalt Freistatt« eingesperrten Jungen genannt wurden, aus einem Waschraum heraus beobachtet, ob Wolfgang es schaffen würde, ihnen etwas zu Essen aus dem Garten zu besorgen. Denn auf Anweisung des Oberbruders und »Hausvaters« war der ganzen Gruppe das Abendbrot gestrichen worden. Als Bestrafung, weil Wolfgang zuvor trotz Verbot mit Angelika (Anna Bullard), der etwa gleichaltrigen Tochter des Oberbruders gesprochen hatte. Die ganze Gruppe zu bestrafen, wenn einer der Jungen sein Arbeitssoll beim Torfstechen im nahegelegenen Moor nicht erfüllen konnte oder gegen eine Regel verstoßen hatte, erlebte Wolfgang seit seiner Ankunft in der Anstalt zuvor schon oft. Die als »Bruder« anzurendenden Aufsichtspersonen schauten dann weg, wenn die Jungen, angeführt vom Stärksten, Bernd, sich an demjenigen brutal abreagierten, welcher den Anlass für die Bestrafung gegeben hatte.

Eine stumpfsinnige Hackordnung, welche Wolfgang nach der Streichung des Abendbrotes wenigstens einmal dadurch umgehen wollte, in dem er mit Bernd wettete. Der erwiderte ihm, nicht eine Tomate werde er aus dem vom Anstaltsleiter gehegten und gepflegten Gemüsegarten herausbekommen. Wolfgang versuchte es, wurde erwischt. Der vom Zorn über den Regelverstoß Wolfgangs erfüllte Oberbruder Brockmann steckte den schwächlichen Jungen mit dem Kopf in ein Fass voller Wasser, bis dieser fast ertrank. Nach Luft ringend, kroch Wolfgang erneut zu den Tomatensträuchern und pflückte demonstrativ weiter. Nun kam Bruder Wilde (Stephan Grossmann) ins Spiel, zog seine zum Bestrafen wie immer mitgeführte Reitgerte, drohte Wolfgang. Der ließ nicht von den Tomaten ab, Bruder Wilde trat ihm auf die Hand, schlug zu. Erst einmal. Wolfgang kroch erneut zu den Tomaten. Bruder Wilde peitschte ihn aus. Die Jungen holten in einem seltenen Moment der Solidarität den ohnmächtigen Wolfgang, der sich so stark für ihr Abend-



▲ Szene aus dem Film »Endstation Freistatt«: Wolfgang (Louis Hoffmann) mit Bruder Wilde (Stephan Grossmann) beim Torfstechen, der alltäglichen Zwangsarbeit, der eingesperrten Jungen.

Foto: Edition Salzgeber

brot eingesetzt hatte, ins Haus. Als Wolfgang erwacht, gibt er Bernd die Tomate.

»Freistatt« zeigt ein breites Repertoire schwarzer Pädagogik, von Zwängen und Strafen vom Prügeln bis hin zum Psychoterror, mit dem Wolfgangs rebellische Eigenwilligkeit zerstört werden soll, nachdem er im Sommer 1968 dort eingeliefert wurde. Auch die breite gesellschaftliche Akzeptanz für das Wegsperrn vermeintlich oder real renitenter Kinder und Jugendlicher wird angedeutet: In seinem Reihenhaus am Stadtrand von Osnabrück sei kein Platz für drei Kinder, herrscht der Stiefvater Heinz (Uwe Bohm) die schwangere Ingrid (Katharina Lorenz), Mutter von Wolfgang, an, nachdem Ingrid dazwischen gegangen war, als er Wolfgang aus einem nichtigen Anlass verprügeln wollte: Er hatte Wolfgang erwischt, als dieser sich zusammen mit zwei Freunden und einer Freundin ein Pornoheft des Stiefvaters anschaute. Der reagiert gleich sehr aggressiv, brüllt, nimmt sich noch den Ehering ab, bevor er Wolfgang schlägt. Der Stiefvater ruft das Jugendamt an, welches veranlasst, dass Wolfgang einen Platz in der »Anstalt Freistatt« bekommt. Der kräftige Stiefvater lächelt Wolfgang nie an, geht immer gleich mit vollem Körpereinsatz in die für Wolfgang bedrohliche Konfrontation. Uwe Bohm spielt sehr überzeugend den Stiefvater. Als ob er sich an seine eigene Kindheit erinnert. Uwe Bohm, damals noch Uwe Enkelmann, wurde als Kind in ein geschlossenes Heim in Eschberg bei Hamburg weggesperrt. Sein Glück war, dass der Filmregisseur Hark Bohm und dessen Frau Natalia Bowakowa ihn aus dem Heim geholt und adoptiert haben. Der von Uwe Bohm gespielte Stiefvater bedankt sich servil bei der Frau vom Jugendamt, die Wolfgang für den Transport in die Anstalt Freistatt abholt – die Kehrseite der gegen den Jungen gerichteten Härte.

Torstechen statt Schule

In »Freistatt« ist zu sehen, dass drakonische Bestrafung und Ausbeutung durch Zwangsarbeit keine Ausnahmen waren, keine einzelnen Willkürakte, sondern Grundlage des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen. Statt Schulunterricht gab es den Zwang zur Arbeit. In dem Heim gab es keinerlei schulische Bildungsangebote und keine Entlohnung. Dabei handelte es sich bei der Anstalt Freistatt um einen von Diakonen der Evangelischen Kirche geführten, profitablen Wirtschaftsbetrieb: Mit Presstorfproduktion, Schlossereien und Schmieden. Es gab keine Schule und keine Ausbildungsräume. Statt-

dessen Isolierzellen zur Bestrafung bei zu geringer Arbeitsleistung. Wer in Freistatt eingesperrt war, musste unentgeltlich arbeiten, für die Jungen kassierte die Anstalt von den Jugendämtern zusätzlich noch das staatliche Pflegegeld.

Die Jungen mussten das ganze Jahr zum Torfstechen raus ins umliegende Moor, im Sommer unter sengender Sonne wie im Winter bei gefrorenem Boden. Freistatt lag abgeschieden von den nächsten Dörfern durch das weite Moor getrennt. Der Spielfilm schafft es, diese Arbeitsatmosphäre bedrückend klar zu zeigen. Die Kamerafrau Judith Kaufmann zeigt die Weite des Moores, seine Gefährlichkeit ebenso wie die harte Monotonie des Torfstechens mit einfachsten Mitteln: Spaten, Schaufeln, bloßen Händen. Wolfgangs Füße bluten gleich am ersten Tag wund gescheuert in den Holzbohlen, in denen er arbeiten muss. Als ein anderer Junge ihm sagt, erst nach Monaten würde er Gummistiefel wie die Anderen bekommen, rastet er aus und schreit Bruder Wilde an: »Ich will sofort Gummistiefel!«. Der schlägt ihm als Antwort mit einer Schaufel ins Gesicht und drückt danach Wolfgangs Kopf in den Torfboden.

Der Film »Freistatt«

Wie oft bei Konfliktszenen hat die Kamerafrau hier halbnahe gedreht, die Zuschauenden fühlen sich wie unmittelbar dabei. Auch wenn es mit der Draisine nach dem Torfstechen zurück ins Heim geht, ist die Kamera dicht dran. Kurz, zu kurz gibt es das Moor in Totalen zu sehen, wo die Draisine unten auf den Schienen klein wirkt in der Weite des Moores. Die Kamera schwenkt in den Himmel, wo Zugvögel fliegen. Ein Bild unerreichbarer Freiheit. Ein ruhiger Blick auf die brutalen Geschehnisse ist trotzdem kaum möglich, weil diese Totalen nicht nur zu kurz geschnitten sind, sondern wie nahezu der gesamte Film von einem Klangteppich überlagert. Eine Musiksauce mit vielen Streichern und einem Orchester fließt als permanenter Klangteppich über die Handlung ausgegossen dahin. Es ist, als ob der Regisseur Marc Brummund seinem Thema nicht zutraut, die ganze Spielfilmlänge hindurch zu tragen. Brummund wuchs in Diepholz auf, wenige Kilometer von der »Anstalt Freistatt« entfernt. Als Kind machte er Ausflüge ins Moor, von dem geschlossenen Heim bekam er nichts mit. 2009, während der einige Jahre auch in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Debatte über die Entschädigung der Heimkinder der frühen Bundesrepublik sah er eine Talkshow zum Thema, die sein Interesse weckte. Geprägt ist Brummund ästhetisch

offensichtlich durch seine Jahre als Werbefilmer, wie »Freistatt« anzusehen ist. Es ist sein Debütspielfilm, nachdem er nach dem Herstellen von Werbespots an der für ihre fernsehmärktgängige Ausrichtung bekannten »Hamburg Media School« in der Regieklasse gelernt hat. Mit den Mechanismen einer Inszenierung, die effektiv die Emotionen der Zuschauer anleitet, dürfte er also vertraut sein. Der Spannungsbogen ist klassisch aufgebaut bis hin zu einem Showdown. Eine reflektierte Sicht aus der Distanz auf die Handlung und ihre Personen, auf die dahinterstehenden gesellschaftlichen Normierungen und Zwänge legt der schnelle Ablauf der Ereignisse nicht gerade nahe. So wie Ton und teilweise auch Bild einer die Zuschauenden und ihre Emotionen stark lenkenden Dramaturgie folgen, ist auch die Handlung ähnlich angelegt: Wo das System Freistatt als geschlossenes Heim auf die Gleichförmigkeit, die Uniformität und Abstumpfung, die Brechung des Willens angelegt ist, ist die Rolle von Wolfgang die eines rebellischen Helden: Immer wieder begehrt er auf, immer wieder lehnt er sich als einziger gegen Willkür, Strafen und die gegenseitige Züchtung der Jungen untereinander auf. Ein über weite Strecken des Filmes statisches Szenario, das unglaublich wirkt. Wo die anderen gehorsam abstumpfen, wächst seine Rebellion. Wo er einem äußerst repressiven Züchtungssystem unterworfen ist, welches auf Gleichschaltung, monotonen Tagesabläufen, Kontrolle und Bestrafung basiert, wächst sein Widerstand, seine Kreativität und sein Aufbegehren. Auch das einzige kollektive Aufbegehren der Jungen wird von Wolfgang eingeleitet. Dies wirkt etwas irritierend, weil das Drehbuch des Filmes weitgehend auf den Erinnerungen von Wolfgang Rosenkötter beruht, der 1963/64 über ein Jahr lang - 16 Monate - nach anderen Heimen der Bodelschwingh-Stiftung in der von den Diakonen so benannten »Endstation Freistatt« eingesperrt war.

Der rebellische Held, der nicht rebellierte

Rosenkötter selbst erklärte aber bei mehreren Gelegenheiten, er habe nicht rebellierte, sondern versucht zu fliehen. Immer wieder. Dabei habe er auch die Bauern der Umgebung gegen sich gehabt, die Flüchtlinge nicht unterstützt, sondern wieder ins Heim gebracht hätten. Sie seien schließlich eingesperrt, also: Kriminelle. Ein Jahrzehnt nachdem Wolfgang Rosenkötter in der Anstalt Freistatt war, kommt es 1973 zu einem ermutigenden, symbolischen Fanal der Rebellion, das sich

im Film gut gemacht hätte – zwei Zöglinge zündeten die anstaltseigene Moorkirche an, deren sonntäglicher Besuch unter Strafordrohung obligatorisch war.

Die Kürze der Texte im Booklet wird ausgeglichen durch ein ausführliches Interview mit Wolfgang Rosenkötter auf der DVD, in dem er schildert, wie er durch die Lektüre des Buches »Schläge im Namen des Herrn« dazu kam, sich seinem eigenen Trauma als Heimkinder zu stellen. Befragt von Jan Künemund legt Rosenkötter dar, wie wichtig der Film für ihn ist, das Reden über die Erlebnisse im Heim, wie viele Heimkinder in die Kinovorführungen gekommen sind, wie sich viele KinobesucherInnen bestürzt äußerten angesichts der dargestellten Zustände. In dem 44-minütigen Interview schildert Rosenkötter ebenso eindringlich wie verhalten, wie die Unterdrückung und Zwangsarbeit in der Anstalt Freistatt abgelaufen ist. Und wie er selbst von seinem Vater ins Heim abgeschoben wurde. Die Eltern hatten sich getrennt als er fünf war, als er zehn Jahre alt war, fühlte sich der alleinerziehende Vater überfordert und kontaktierte das Jugendamt. Es herrschte schnell Einigkeit, dass Wolfgang wegen seines gelegentlichen Schulschwänzens ins Heim sollte, um dort einmal Struktur zu lernen. Nachdem er aus offeneren Heimen mehrmals abgehauen war, um zurück zu seinem Vater zu kommen, war klar: Der Junge müsse Härte spüren, ab nach Freistatt, erinnert sich Wolfgang Rosenkötter. Im Eckardtsheim, wo er zuvor untergebracht und abgehauen war, drohten die Diakone, die Erzieher: Wenn du dich nicht gut benimmst, kommst du nach Freistatt, dann ist Ende – Endstation Freistatt. Während die Diakone so offensichtlich auch anderenorts über die brutalen Zustände in Freistatt Bescheid wussten, ja gar damit drohten, verschloss der Vater die Augen. Als Wolfgang, nach erfolgreicher Flucht aus dem Heim zuhause ankommt und seinem Vater die Verletzungen am Rücken von den Schlägen der Erzieher zeigt, will dieser dass nicht wahrhaben – und bringt seinen Sohn zurück ins Heim. Es gab noch viel schlimmere Vorfälle, brutaler, sadistische Formen von Bestrafungen als die im Film gezeigten, sagt Rosenkötter gefasst und leise. Jeder habe für sich selber gekämpft, es habe keine Freundschaften gegeben, das hätten die Erzieher unterbunden, es sei nur ums Überleben gegangen: »Wenn Du an sechs Tagen immer acht bis neun Stunden schwer arbeiten musst, dann denkst du nicht mehr an Revolte«. Wolfgang Rosenkötter war auch in den sogenannten »Besinnungszellen« unter dem Dach eingesperrt – 24 Stunden isoliert, bis zu einer Woche lang. Extra eingesperrt im Eingesperrt sein, nennt dies Wolfgang Rosenkötter. Er wirkt immer noch beschädigt, als er dies vor der Kamera sagt. Fürs Leben gezeichnet von den 16 Monaten, die er Willkür, Erniedrigung und Gewalt ausgesetzt war im geschlossenen Jugendheim.

Gekürzte Fassung, vollständige Filmbesprechung auf: www.contraste.org

»Freistatt«, D 2015, 108 Min., Regie: Marc Brummund; Drehbuch: Nicole Armbruster, Marc Brummund; Kamera: Judith Kaufmann; Schnitt: Hans Funck; Sounddesign: André Zacher / Clemens Becker; Musik: Anne Nikitin; Hauptdarsteller: Max Riemelt, Stephan Grossmann, Alexander Held, Langston Uibel, Louis Hoffmann, Enno Trebs, Anna Bullard. FSK: ab 12. DVD oder Blue-ray mit Bonusmaterial: Nicht verwendete Szenen, Interview mit dem Zeitzeugen Wolfgang Rosenkötter; Booklet mit Hintergrundinformationen. Für 20 Euro im Handel erhältlich. Direkt bei der Edition Salzgeber: <http://www.delicatessen.org>

SMARTE TRANSFORMATION?



Die DIY-Bewegung (Do It Yourself) boomt. Aktivist*innen bepflanzen Brachflächen, reparieren Elektrogeräte, produzieren in FabLabs oder stopfen Socken. Die Herausgeber*innen des Buches »Die Welt reparieren – Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis« gehören zur Münchner anstiftung, die sich der Förderung der Eigenarbeit verschrieben hat. Sie zeigen viele Facetten dieser Bewegung und erklären, dass deren Akteure weder über die Schlechtigkeit der Welt jammern, noch in ausufernden Versammlungen diskutieren, sondern einfach tun, anpacken, Hauptsache gemeinsam, ökologisch, gerne auch multikulturell, experimentell und mit viel Spaß dabei. Die Herausgeber*innen sehen darin eine neue Form des Politischen, und identifizieren in den Projekten, die sich der Tauschlogik entziehen, gleichzeitig eine Absage an den Kommunismus und das Potential, den Kapitalismus auszuhebeln, ohne neoliberale Anschlussfähigkeiten zu verschweigen.

Weitere theoretische Texte haben Silke Helfrich, Claus Leggewie, Niko Paech, Gesa Ziemer und andere beigetragen. In dieser Welt der Commons ist alles offen und wird geteilt. Vorgestellt werden Projekte mit Hightech, Lebensmitteln, Solidarität mit Geflüchteten, postfossiler Mobilität etc. Nichtkommerzielle Freizeitgruppen sind ebenso vertreten wie hochprofessionelles alternatives Management, das soziale Probleme unternehmerisch lösen möchte – fair, ökologisch und vor allem smart. FabLab-Erfinder Neil Gershenfeld vom MIT (Massachusetts Institute of Technology) schreibt von Wettbewerbsfähigkeit und neuen Märkten, die dank der neuen dezentralen und digitalen Produktionsweisen entstehen werden. Otto von Busch stellt immerhin die Frage nach den Interessen und weist darauf hin, dass Offenheit die Macht nicht abschafft, sondern sie nur unsichtbar macht.

Es wirkt überidealisiert, wie der DIY-Bewegung so lautstark Neues und Transformatorisches zugeschrieben wird, ohne vergleichbare Ansätze aus den 1970/80er Jahren wahrzunehmen. Neu ist das Digitale, was hier überwiegend unkritisch behandelt wird. Wenn Hausbesetzungen unterstellt wird, sie würden nur auf den Staat hoffen, kippt der vielbeschworene Kooperationsmodus ins Konkurrente. In seiner widersprüchlichen Vielfalt bietet das Buch trotzdem Inspiration und Stoff für Diskussionen.

Elisabeth Voß

Andrea Baier, Tom Hansing, Christa Müller, Karin Werner (Hg.): Die Welt reparieren - Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis, transcript Verlag, Bielefeld, 2016, 352 Seiten, Print 19,99 Euro, freier Download: <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3377-1/> Die-Welt-reparieren

QUERDENKERIN UND AKTIVISTIN



Zum ersten Mal hörte ich den Namen Mascha Madörin in Zusammenhang mit dem Begriff Care. Von da an war sie oft meine Referenz, wenn es um das Ausmaß und die gesellschaftliche Bedeutung der unbezahlten Arbeit ging. Aber der Horizont und der Arbeitsbereich von Mascha Madörin waren viel weiter. Sie begann in der Entwicklungspolitik und erlebte in Südafrika und Mozambique nicht nur die Auswirkungen der Apartheidpolitik, sondern auch die Probleme nachkolonialer Ökonomien. Sie war Mitbegründerin der Anti-Apartheidbewegung und kritisierte früh die neoliberalen Entwicklungsprogramme der Weltbank. Anschließend beschäftigte sie sich mit dem Finanzplatz Schweiz und gründete die gleichnamige Aktionsplattform. Schon früh erkannte sie die Bedeutung der Finanzindustrie und ihre enge Verknüpfung mit vielen anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen. Seit den 1990er Jahren schließlich gehörte sie zu den Wegbereiterinnen einer feministischen Ökonomie.

Mascha Madörin war Ökonomin, ihr Blick jedoch ging weit über den üblichen Referenzrahmen der klassischen Ökonomie hinaus. Sie forderte eine »Ökonomie der Ökonomien«. Eine solche Ökonomie sollte Markt, Staat und unbezahlte Arbeit mit ihren je eigenen Logiken und ihre Verzahnung miteinander erfassen. Ihren ersten Unterricht in Ökonomie, meint sie, erhielt sie von ihrer Mutter, ihre wichtigsten Erkenntnisse gewann sie in Mozambique. Sie war eine originär feministische Denkerin in dem Sinn, dass sie immer einen Blick von unten einnahm und dadurch diejenigen Bereiche erfasste, die aus der klassischen Ökonomie hinausfallen. Mit ihrem eigensinnigen Denken lag sie durchaus auch manchmal quer zu anderen linken Positionen.

Außer Ökonomin war Mascha Madörin auch noch Aktivistin, Gründerin und Geschäftsführerin mehrerer NGOs, Lobbyistin und Mentorin für jüngere Frauen, seltener auch Männer. Weil sie auch ihren Lebensunterhalt mit diesen Tätigkeiten verdienen musste, musste sie ihr Einkommen dabei immer an die Möglichkeiten der jeweiligen Organisationen anpassen und patchworkartig kombinieren. Sie lebte daher schon »prekär«, als es diesen Begriff in dem Zusammenhang noch gar nicht gab.

Das Buch beginnt mit einem ausführlichen, von Urs Häni geführten, Interview mit Mascha Madörin auf das einzelne Kapitel von MitstreiterInnen zu ihren verschiedenen Lebensthemen folgen. Den Schluss bildet ein umfangreiches Verzeichnis von Publikationen und Interviews, das zeigt, dass Mascha Madörin auch eine engagierte Öffentlichkeitsarbeiterin war, die keine Auseinandersetzung scheute.

Alles in allem das Bild eines gelungenen und erfüllten Lebens und gleichzeitig ein Ausschnitt aus der Geschichte der neuen sozialen Bewegungen der Schweiz und deren internationale Vernetzung. Ein motivierendes, lesenswertes Buch!

Brigitte Kratzwald

Bettina Dyttrich, Stefan Howald (Hg.): Querdenken: Mascha Madörin. Edition 8. € 25,80

NO BORDER, NO LAW AND ORDER!?



Was oft als »Flüchtlingskrise« beschrieben wird, kann auch als strukturelle Niederlage der europäischen Grenzregimes gesehen werden. Meist mit dem Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (Kritnet) verbundene Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen thematisieren in einem Sammelband mit 19 Essays, Reportagen und akademischen Analysen die »beharrlichen Migrationsbewegungen«, die im Sommer 2015 die Ordnung der Kontrolle der Grenzen zum Kollabieren brachte.

Der tausendfach selbstorganisierte Aus- und Aufbruch aus den Flüchtlingslagern wurde von unzähligen Solidaritätsnetzwerken praktischer Fluchthilfe unterstützt. Die Autor*innen heben die antagonistischen Momente der Dynamik der Migrationsbewegung hervor. Aus europäischer Perspektive beschreiben sie, wie sich die Kräfteverhältnisse verschoben haben: werden Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements anhand der Beispiele der Organisationen Sea Watch und Alarm Phone oder der sogenannten »Willkommenskultur« diskutiert.

Im Schatten der humanistischen begründeten »Willkommenskultur« konnte erneut durch staatliche und transnationale Institutionen eine »robustere« Außengrenzsicherung Europas entwickelt werden. Die Migration kriminalisierende »Versicherheitlichung« wurde verbunden mit »neuen Formen des humanitären Regierens«. Politische Subjekte werden zu Empfangenden humanitärer Hilfe reduziert. Drei Forscherinnen kritisieren an den »gegenderten« Refugee und Border Studies, dass sie »auf die Vulnerabilität geflüchteter Frauen« fokussieren. Dieser Blick auf sexualisierte Gewalt unterschlägt andere Formen der Gewalt. Die Autorinnen fragen, inwieweit Geschlechterwissen zum Anheizen anti-migrantischer Ressentiments genutzt wird. Leider bleibt es in diesem wie in einigen anderen Beiträgen bei einem Appell nach einer »differenzierten Forschung«. Stimmen von Geflüchteten oder deren Selbstorganisationen, wie The Voice sind nicht vertreten.

Antirassistische Interventionen als Teil einer solidarischen, internationalistischen sozialen Bewegung benötigen dringend eine politische Strategie, die zusammen mit den Akteur*innen erstellt wird. Der vorliegende Band leistet mit einem Perspektivwechsel einen wichtigen Beitrag: Kämpfe der Migrant*innen und Geflüchteten werden »nicht als Teil von Protesten für das Recht auf Teilhabe, zu denen etwa auch die Bewegungen... gegen städtische Verdrängungsprozesse gehören, verstanden.« Die Proteste Geflüchteter fordern einen neuen Umgang mit Wohnraum und dem Zusammenleben und politischer Zusammenarbeit.

El Camino

Hess / Kasperek / Kron / Rodatz / Schwertl (Hrsg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III, ISBN 978-3-86241-453-6; Assoziation A; Hamburg/Berlin 2016, 272 Seiten, 18,00 EUR

SICH DER RIESENMASCHINERIE VERWEIGERN!



Das Buch »Zwischen Arbeitswut und Überfremdungsangst« des Soziologen und ehemaligen Gefängnispsychologen Götz Eisenberg ist der zweite Band seiner Reihe »Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus«. Es handelt sich um eine Sammlung von Texten in sieben Kapiteln. Sie reichen thematisch vom Attentat von Sarajevo über PEGIDA und die Angst vor den Fremden, vom suicidalen Flugzeugabsturz eines Co-Piloten bis zum Griechenland-Bashing und zur »Flüchtlingskrise«. In seinen »Ethnologien des Inlandes« beobachtet der Autor problematische Auswirkungen der Digitalisierung. Sehr sympathisch ist auch seine Kritik der »Arbeitsreligion«. Spannend für ein Sachbuch ist zudem die Fülle an Romanhinweisen und anderen Tipps.

Götz Eisenberg warnt vor der drohenden Gefahr einer Faschisierung in ganz Europa. Die »Völkerwanderung« der Armen habe erst begonnen. Nach der kapitalfixierten Globalisierung folge nun auch die Globalisierung der Arbeitskraft, die dahin ströme, wo sie ein besseres Leben vermutet. Unter dem Druck der Angst sehnen sich Menschen nach einfachen Lösungen. Die AfD wird daher nicht verschwinden. Die politische Rechte liefere klare und prompt Antworten mit rückwärtsgerichtetem Konzepten. »Ein hoher Angst- und Panikpegel ist auf Dauer der Tod der Demokratie. Deswegen braucht Demokratie den Sozialstaat, der den Menschen Existenzängste nimmt (...)«, analysiert der Autor. Aber nicht nur Arbeitslose und hart Arbeitende der sogenannten unteren Schichten stecken voller Ressentiments, denn der Faschismus entspringe der Mitte der Gesellschaft, konstatiert Eisenberg: »Es gibt keine harmlose bürgerliche Normalität, der »Normale« ist schon auf dem Weg zum Handlungsgehilfen. Der loyale Bürger tut seine Pflicht und gehorcht – egal unter welcher Regierung.«

Es gibt noch Menschen, die sich nicht anpassen. Auch der Einzelne kann etwas tun. »Was zählt, ist der Einzelne, der sich der Riesenmaschinerie verweigert; der Zögernde, Denkende, der sich eine eigenwillige Kopfform bewahrt; der Deserteur, der sich unerlaubt von der Realitätstruppe entfernt; der Partisan, der sich seitlich in die Büsche schlägt und die Wirklichkeit aus dem Hinterhalt attackiert; schließlich der Narr, der der Macht den Spiegel vorhält und sie der Lächerlichkeit preisgibt.« Bei der Linken stellt der Autor eine »Unterernährung der sozialistischen Phantasie« fest. Die Linke muss eine libertär-sozialistische Alternative formulieren und praktizieren, die die Menschen fasziniert. Utopien seien lebenswichtig. Ein spannendes Buch, zur Lektüre empfohlen!

Anne Seeck

Götz Eisenberg: Zwischen Arbeitswut und Überfremdungsangst. Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus, Band 2, Polkowski Verlag, Gießen 2016, ISBN 978-3-9818195-1-9; 317 Seiten, 24,90 Euro

ANARCHISMUS IN DER LUISENSTADT / KREUZBERG



Bereits in den 1990er Jahren plante der leider bereits verstorbene, anarchistische Historiker Andreas Graf einen anarchistischen Reiseführer bzw. eine Karte mit den Adressen und Orten der anarchistischen Bewegung in Berlin. Leider ist nie etwas aus dem Projekt geworden. Mittlerweile bietet die Gustav Landauer Denkmalinitiative anarchistische Stadttouren auf Spendenbasis an.

Neben den Touren hat die Initiative nun auch eine Broschüre zur anarchistischen Bewegung in der Luisenstadt / Kreuzberg von den Anfängen bis 1933 publiziert. Die Luisenstadt, die heute weitgehend in den Bezirken Kreuzberg und Mitte aufgegangen ist, war bereits vor den wilden Westberliner Zeiten ein Zentrum anarchistischer und sozialistischer Aktivitäten.

Beispielsweise befand sich im Bezirk die Druckerei von Gustav Landauers Sozialist und die der FAUD-Zeitschrift. Der freie Arbeiter, der mutige Verleger Bernhard Zack, der unter anderem die unter dem Pseudonym Sagitta publizierte Homosexuellenliteratur von John Henry Mackay, sowie die von ihm redigierte Reihe Propaganda des individualistischen Anarchismus herausgab, betrieb in der Luisenstadt eine Buchhandlung – vielleicht die erste Buchhandlung, die offen anarchistische Literatur vertrieb. Selbst die erste anarchistische Zeitung Deutschlands wurde hier im Bezirk erstellt. Jene Geschichten und Locations, in denen diese geschrieben wurden, stehen im Mittelpunkt der Broschüre.

Manche der Strukturen haben gewissermaßen die Zeiten überlebt. Der ehemalige Fürstenhof, in dem die Jahresversammlungen der Freien Arbeiter Union Deutschlands stattfanden, beherbergt heute das anarchistische Zentrum Köpi. Die meisten Spuren sind allerdings bereits verschwunden...

Sehr akribisch recherchiert und gleichzeitig sehr lebendig geschrieben, erzählt die Broschüre von den Hochzeiten der Bewegung. Zahlreiche Scans von zeitgenössischen Postkarten und aus der anarchistischen Presse, sowie aktuelle Fotos bebildern die Broschüre und lassen die Lesenden auch visuell an der Geschichte teilhaben. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Broschüre kommen der Denkmalinitiative zu Gute, die ein Denkmal für Gustav Landauer in Berlin errichten will.

Momentan erstellt die Initiative eine weitere Broschüre zu der weitgehend in Vergessenheit geratenen Anarchistin Agnes Reinhold, nach der ein Wedding Infoladen benannt werden soll

Maurice Schuhmann

Die 44seitige Broschüre Der »Fürstenhof« (Köpi) und die anarchistische Bewegung in der Luisenstadt / Kreuzberg bis 1933 ist gegen Spende + Porto (Richtwert: 3 - 5 Euro) bei der Gustav Landauer Denkmalinitiative (Berlin) sowie in ausgewählten Berliner Buchhandlungen zu beziehen.

Kontakt: <https://www.gustav-landauer.org/blogs/denkmal-initiative>

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

AKTION

»Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt«
26. März - 09. August
(Rheinland-Pfalz)

Die US-Regierung plant, die 20 stationierten Atombomben aufzurüsten. Die neuen Atombomben, Typ B61-12 sind zielgenauer, flexibler und dadurch »besser« einsetzbar. Eine neue Spirale der atomaren Aufrüstung hat begonnen. Aktivist*innen sind seit 26. März am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel präsent und werden 20 Wochen lang protestieren. Die Aktionspräsenz dauert bis zum 9. August, dem Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Nagasaki.

Info: <https://buechel-atomwaffenfrei.jimdo.com>

DEMOKRATIE

Die kapitalistische Moderne herausfordern III
14. - 16. April (Hamburg)

In Rojava/Nordsyrien gelang der Aufbau eines nicht-patriarchalen Systems und eine demokratische Wirtschaftsordnung erscheint zum Greifen nahe und hat die Chance, sich permanent zu etablieren. Auf dieser Konferenz mit dem Untertitel »Demokratische Moderne entfalten - Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen« sollen Möglichkeiten hierzu präsentiert und diskutiert werden.

Ort: Universität Hamburg
Info: www.networkaq.net/

INTERVENTION

Gemeinschaftskinder - Aufwachsen zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft
02. - 06. Juni (Beetzendorf)

Die stärkste gesellschaftliche Intervention der Gemeinschaften und Ökodörfer geschieht wahrscheinlich im Aufwachsen einer neuen Generation. Diese in die Zukunft wirkende Kraft soll noch bewusster gestaltet werden. Das Pfingstcamp bietet Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern aus Gemeinschaften Raum für Austausch in Form von Open Space und kleinen Workshops. Herzstück dieser Konferenz ist ein eintägiger, vertiefender Prozess (»collaboratory«) mit allen teilnehmenden Jugendlichen und Erwachsenen. Er führt durch gemeinsames Erleben in einem Bogen durch Gedanken, Visionen und Emotionen hin zu konkreten Ideen.

Ort: Ökodorf Sieben Linden, 38489 Beetzendorf
Info: <http://seminare.siebenlinden.de>

SOLIDARISCH WIRTSCHAFTEN

Ideen, Beispiele und Ambivalenzen - für Frauen
11. - 16. Juni (Zülpich)

Gewinnorientiertes Wirtschaften zerstört Natur und entwürdigt Arbeit, immer mehr Menschen verlieren durch Krisen und Kriege ihre Lebensgrundlagen. Gleichzeitig entstehen weltweit Ideen und Praxen anderer Wirtschaftens, z.B. gemeinschaftliche Wohnprojekte,

selbstverwaltete Kollektivbetriebe, soziale und flüchtlingsolidarische Projekte, etc. Eingeladen sind alle interessierten Frauen, gerne mit eigenen Erfahrungen in alternativen Projekten, dies ist jedoch keine Teilnahmevoraussetzung. Das Seminar möchte Einblicke in die Vielfalt bestehender alternativer ökonomischer Ansätze und Anregungen zu kritischer Reflexion geben, sowie zum Selbermachen ermutigen.
Referentin: Elisabeth Voß

Ort: Frauenbildungshaus, 53909 Zülpich,
Info: <http://www.frauenbildungshaus-zuelpich.de>

SOMMER 2017

MOVE UTOPIA - Für eine Welt nach Bedürfnissen und Fähigkeiten
21. - 25. Juni (Müritz)

Miteinander Offen Vertrauensvoll Emanzipatorisch.....die Zukunft gestalten, so lautet der Aufruf zum MOVE-UTOPIA. Die Organisator*innen teilen die Vision, überkommene Verhältnisse menschlicher Vereinzelung ab- und neue Formen des Zusammenlebens aufzubauen. Wenn Bedürfnisse und Talente offen geteilt und mitgeteilt werden, kann eine neue Art von Beziehung entstehen. Eine, die Individualität als Grundlage unseres Miteinanders anerkennt und darauf aufbaut, Unterschiedlichkeit zu genießen und als Bereicherung zu erfahren.
»Wir feiern das Experiment der gelebten Utopie, um uns jenseits von Nationen den globalen Problemen dieser Zeit zu stellen.«

Alle Teilnehmer*innen sind eingeladen, gemeinsam Wege aufzuzeigen, wie der Traum einer herrschaftsfreien und auf Commons und Kooperation basierten Welt verwirklicht werden kann.

Ort: Kulturkosmos Müritz, 17248 Lärz
Info: <http://move-utopia>

5. Commons-Sommerschule
17. - 24. Juni (Bechstedt)

Die Commons-Sommerschule 2017 soll Interessierte an das Thema heranzuführen, konzeptionelle und politische Fragen vertiefen, das Netzwerk von Commons-Aktiven vergrößern und selbst ein lebendiger Prozess des »Commoning« sein. Das Schwerpunktthema 2017 ist eingebettet in das mehrjährige Rahmenthema: »Demokratie verlebendigen: Commons«. Eine These lautet: ohne Commoning sind demokratische Kultur und Politik nicht denkbar. Trifft sie zu, so ist zu fragen, wie sich das Eine mit dem Anderen verbinden lässt, jenseits der vielgerühmten Partizipation. Partizipation steht für eine Kultur des »mit den Menschen«. Demokratische Selbstorganisation im Sinne der Commons hieße aber: »durch die Menschen«. Wie kommen wir in demokratischen Prozessen auf unterschiedlichen Ebenen und in allen Institutionen vom mit zum durch?

Ort: KulturNaturHof, 07426 Bechstedt,
Info: http://commons-sommerschule.webcoach.at/index.php/Programm_2017

KLEINANZEIGEN

HÄUSCHEN AUF DEM LAND IN GEMEINSCHAFT

Für unser zum Wohngebiet umgenutztes Feriendorf mit 24 kleinen Häuschen suchen wir noch Mitbewohner*innen. Unser Dorf liegt auf dem Lande 20 km von Kassel entfernt in einer Gemeinde mit recht guter Infrastruktur. Wir sind im Moment zwischen 3 und 76 Jahre alt; unser Motto: »Lebe einzeln und frei wie ein Baum und geschwisterlich wie ein Wald« (nach Nazim Hikmet). Das selbstbewohnte Häuschen muss saniert und ausgebaut werden, daher ist etwas Eigenkapital oder Kreditwürdigkeit nötig. Es gibt großzügige Gemeinschaftsflächen und Ideen vom Huhn bis Brotbackofen und Musikfestival, natürlich auch Platz für ein schnuckeliges Gemeinschaftshaus oder Hütte oder Jurte...

www.Genoviva.de
oder Mail an: Sabine.conti@sun-Pi.de

KOMMUNARDINNEN GESUCHT

Frisch gebackene Landkommune im Sauerland, nahe Hennesee/ Meschede sucht noch viele MitkommunardInnen.

Infos und Kontakt: kommunea@gmx.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN — EIN GENERATIONEN VERBINDENDES PROJEKT

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

Kleinanzeigen

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteurinnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.i.S.D.P.: Ulrike Kümpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bächstadt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kuempe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org

ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

GÖTTINGEN:
Kai Böhne
kai.boehne@contraste.org

HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hilmarkunath@web.de

KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de

Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org

KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 59 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

STUTT GART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
hans.wieser@contraste.org

SPANIEN:
MADRID:
Eva Sempere
layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kümpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck GmbH und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.koop>
webmaster@contraste.org

KONTAKT

Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook: www.facebook.com/contraste-monatszeitung
twitter: [contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)

ANZEIGEN

GÄIDÃO

Monatlicher Querschnitt aus anarchistischer Theorie und Praxis.
Lokal, Überregional, International.

Alle Ausgaben, sowie Informationen zum gedruckten Abo findet ihr online unter:
www.fda-ifa.org/gaidao

express

Probexemplar gewünscht?
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 3/17 u.a.:

- »Krankenhaus statt Fabrik« – Bündnis gegen die Kommerzialisierung der Krankenhäuser
- Elmar Wigand: »Ungeahnte Konkurrenz« – SPD und AfD buhlen um »Arbeitnehmer«
- FreundInnen der Selbstbestimmung: »Die Maschine in uns stürmen?« – Aufruf zum »Schwarzen Freitag« für Amazon
- »Viel Arbeit, gute Nerven und ein Systemfehler« – Bericht aus dem Arbeitsalltag bei IKEA
- Slave Cubela: »Freiheit, Opfer, Dämonen« – Zum hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution
- Dan DiMaggio / Sonia Singh: »Wir haben Amerika groß gemacht« – Zehntausende streiken am »Tag ohne ImmigrantInnen«
- Ralf Kliche: »Probleme am Boden« – Privatisierung der griechischen Flughäfen bereitet Fraport Schwierigkeiten

Niddastr. 64 • 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de • www.express-afp.info

THEMA

BRANDSTIFTER ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 73 / 2017 - ISSN: 2192-6719 - EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail: redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

...und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.